Zeitschrift: Schweizerische Kirchenzeitung : Fachzeitschrift für Theologie und Seelsorge

Herausgeber: Deutschschweizerische Ordinarienkonferenz

Band: 157 (1989)

Heft: 21

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

KIRCHE
Schweizerische Kirchenzeitung

21/1989 157. Jahr 25. Mai

An die Christen Europas
Botschaft der Europäischen Ökumenischen Versammlung «Frieden in Gerechtigkeit» 353

«Frieden in Gerechtigkeit»
Ein Rückblick auf die Europäische Ökumenische Versammlung von Rolf Weibel 354

Sozialethische Überlegungen zur Diskussion über die Abschaffung der Schweizer Armee 357

Miteinander für eine Welt einstehen
Zum 25-Jahr-Jubiläum von Interteam ein Erfahrungsbericht von Christoph Schwager-Uhlmann 360

Solidarität durch medizinische Zusammenarbeit SolidarMed wird vorgestellt von Josef Jeker 362

Hinweise 362

Amtlicher Teil 363

Schweizer Kirchenschätze
Kathedrale Freiburg: Kastenreliquiar (Manierismus/Barock, 1648 datiert)

An die Christen Europas

Von der KEK und dem CCEE einberufen hat vom 15.–21. Mai 1989 in Basel die Europäische Ökumenische Versammlung «Frieden in Gerechtigkeit» getagt. Über 700 Delegierte und Tausende von Gläubigen aus allen Kirchen Europas haben sich während dieser Tage zum gemeinsamen Gebet, zum Austausch und zur Besinnung über ihren christlichen Auftrag versammelt. Das biblische Wort «Gerechtigkeit und Friede umarmen sich» (Ps 85) diente der Versammlung als Losung. Die Ergebnisse und Empfehlungen der Versammlung finden sich in einem ausführlichen Dokument, das am 20. Mai verabschiedet wurde. Der folgende Text ist die Botschaft, die die Versammlung an die Christen Europas richtet.

Liebe Brüder und Schwestern

1. Zum ersten Mal sind Delegierte aus allen Kirchen Europas zusammengekommen – aus Ost und West, aus Nord und Süd, über konfessionelle und politische Grenzen hinweg, die noch vor kurzem unüberwindlich schienen. So tief die Wunden der Vergangenheit in Europa sind, haben sich die Bande, die uns in Christus einen, als stärker erwiesen. Eine Gemeinschaft ist im Wachsen, die uns Hoffnung gibt; dafür sind wir dankbar.

2. «Gerechtigkeit und Friede umarmen sich.» Dieses Psalmwort war der Leitgedanke unserer Versammlung. Aber wie weit sind wir von dieser Verheissung entfernt! Millionen von Männern, Frauen und Kindern gehen in Armut, Hunger und Kriegen zugrunde. Fundamentalste Menschenrechte werden ständig verletzt. Pflanzen- und Tierarten werden unwiederbringlich ausgerottet. Unser aller Leben und das der nachkommenden Generationen ist heute in Frage gestellt.

3. Was sagt uns, Christen in Europa, das Evangelium in dieser Stunde? Die Voraussetzung für jedes glaubwürdige Zeugnis ist Umkehr – Umkehr zum Schöpfer, der in seiner Liebe jedes einzelne seiner Geschöpfe umsorgt, Umkehr zu Jesus Christus, Gottes Sohn, der uns wahres Menschsein vorgelebt hat, Umkehr zum Heiligen Geist, der Quelle neuen Lebens. Als europäische Christen haben wir besonderen Anteil an den Ursachen der heutigen Krise. Darum bitten wir Gott um Vergebung unserer Schuld, um die Kraft zur Umkehr, damit wir Werkzeuge seines Friedens werden.

4. Gottes Ratschluss für die Menschheit bleibt letztlich ein Geheimnis, das niemand durchschaut. Im Vertrauen auf das Evangelium haben wir aber die Gewissheit, dass Gott seine Schöpfung zur Erlösung führen will. Aufgrund dieser Gewissheit widerstehen wir jedem Fatalismus. Wie der Apostel Paulus haben auch wir heute die Einladung weiterzugeben: Lasset euch versöhnen mit Gott! Sich mit Gott versöhnen lassen heisst aber zugleich den Mächten der Zerstörung und des Todes widerstehen.

– Jeder Mensch, unabhängig von Geschlecht, Rasse, Nation und Sprache trägt Gottes Bild in sich und ist darum gleichberechtigtes Glied der Gesellschaft. Lasst uns unmissverständlich bezeugen, dass Christus selbst in

denen, deren Würde mit Füssen getreten wird, leidet; lasst uns ihm nachfolgen, indem wir uns auf die Seite der Unterdrückten, Entrechteten und Gefolterten stellen. Wir werden für die Rechte der Flüchtlinge eintreten und verpflichten uns, eine Gemeinschaft aufzubauen, in der Männer und Frauen zu gleichen Teilen Verantwortung tragen.

– Armut und Hunger sind ein Skandal, der uns nicht ruhen lassen darf. Wir verpflichten uns, sowohl weltweit als im eigenen Umkreis zu teilen und werden jeden Schritt unterstützen, der dazu beiträgt, dass die Last der Verschuldung, unter der viele Länder der Dritten Welt ersticken, beseitigt wird.

– Der Krieg als Mittel zur Lösung von Konflikten muss überwunden werden. Wir werden, jeder in seinem Lande, alles daran setzen, dass die Vision gemeinsamer Sicherheit verwirklicht werden kann. Wir verpflichten uns heute, über Grenzen hinweg ein Vertrauen zu schaffen, in dem die Bereitschaft zur Beseitigung sowohl atomarer als chemischer und konventioneller Waffen wachsen kann. Zum Weg der Versöhnung gehört unabdingbar das Zeugnis der Gewaltlosigkeit.

– Lasst uns der Illusion den Kampf ansagen, dass der Ausbeutung der Natur keine Grenzen gesetzt sind. Der friedliche Umgang mit der Natur setzt die Absage an lebensbedrohende Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft voraus. Es ist uns in diesen Tagen erneut klar geworden, dass der heutige Verbrauch von Ressourcen und Energie drastisch reduziert werden muss. Von uns allen ist ein radikal veränderter, einfacher Lebensstil gefordert.

5. Sollen wir den empfangenen Auftrag erfüllen, haben wir einander nötig. Gottes Bund in Jesus Christus steht fest. Unter dieser Verheissung wollen wir in Geschwisterlichkeit und Solidarität zusammenstehen. Die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen, die heute in Europa stattfinden, geben Anlass zur Hoffnung. Gemeinsam wollen wir das Unsere dazu beitragen, dass mehr Gerechtigkeit, mehr Bereitschaft zum Dialog und mehr Achtung vor den Gaben der Schöpfung sich durchzusetzen vermögen. So wie die Krise nationale Grenzen überschreitet, muss auch unsere Gemeinschaft sie überschreiten. Sie muss offen sein für die Freundschaft und Zusammenarbeit mit allen, die Frieden in Gerechtigkeit suchen, gleichgültig welcher Religion oder Überzeugung. Nur so wird sie zu einem Zeichen der Hoffnung in dieser bedrohten und gespaltenen Welt werden können.

Der Geist Gottes, der uns hier zuzsammengeführt hat, wird immer wieder weit über unsere Erwartungen hinaus wirken. Wir glauben, dass er am Werke ist, um die Saat aufgehen zu lassen, die hier gesät wurde. Das ist unsere Hoffnung. Das ist unser Gebet.

Europäische Ökumenische Versammlung
«Frieden in Gerechtigkeit»

Weltkirche

«Frieden in Gerechtigkeit»

Die Europäische Ökumenische Versammlung «Frieden in Gerechtigkeit» vom 15. bis 21. Mai in Basel wurde wie erhofft zu einem guten Miteinander von Studienkonferenz und Kirchentag. Im Ökumenischen Eröffnungsgottesdienst rief Propst Heino Falcke die Versammelten dazu auf, «dass wir voneinander und miteinander die Schritte der Nachfolge Christi in den neuen Fragen unserer Zeit lernen». Schon das Programm und dann auch der Verlauf der Woche lösten diesen Aufruf in erfreulichem Masse ein: Sie verbanden Gottesdienst und Bibelarbeit mit der Auseinandersetzung mit den drängenden Zeitfragen um «Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung».

Weit mehr als eine Delegiertenversammlung

Die eigentliche Versammlung führte nahezu 700 Delegierte aus den 120 Mitgliedskirchen der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und den 25 Bischofskonferenzen des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) zu Beratung und Beschlussfassung zusammen, Amtsträger und Laien, Frauen und Männer aus Kirchen in Nord und Süd, in Ost und West – ausser Albanien. Das Programm sah für die Delegierten Plenarversammlungen und Gruppenarbeit, Hearings und den «Gang durch drei Länder» vor. Zu den abendlichen Hearings wie zum «Gang durch drei Länder» war auch die Öffentlichkeit eingeladen. Für die Öffentlichkeit, für interessierte Besucherinnen und Besucher gab es zudem ein «Beiprogramm» zur Versammlung. Für dieses wie auch für die Hearings waren Gruppen, Organisationen und Institutionen verantwortlich, die sich bereits in den zur Beratung stehenden Fragen engagieren.

Die Versammlung selber liess sich zum einen durch Fachleute aus verschiedenen Ländern über ausgewählte Fragen informieren und anregen und zum andern erarbeitete sie ein ausführliches *Schlussdokument* sowie die auf der Frontseite dieser Ausgabe dokumentierte *Botschaft*. Beide Texte wurden von je einer Redaktionsgruppe aufgrund der ihnen vorgelegten Änderungsvorschläge erarbeitet. Diese ergaben sich zum einen aufgrund der Vorbereitungsarbeit der Delegierten und Delegationen; aus vielen Ländern lagen so schon zu Versammlungsbeginn 64 Darlegungen mit etwa 500 Änderungsvorschlägen vor. Zum andern kamen aus der Gruppenarbeit in Basel noch etwa 100 weitere Änderungsvorschläge.

Zwischen den Delegierten und der Öffentlichkeit gab es im Verlauf der Beratung einen zweifachen Austausch. Einerseits konnten in den Arbeitsgruppen auch Berater und Beraterinnen, Gastdelegierte, Redner und Rednerinnen, Delegierte anderer Kontinente und Stabsmitglieder, kooptierte Stabsmitglieder und Stewards mit Rederecht teilnehmen; so konnten die 147 jugendlichen Helferinnen und Helfer zusätzlich zu den jugendlichen Delegierten «die Stimme der Jugend» in die Arbeitsgruppen einbringen. Ausserdem kamen bereits am Freitag vor Pfingsten auf Einladung eines ökumenischen Trägerkreises fast 100 Jugendliche aus 18 Ländern in Basel zum *«Europäischen Jugendtreffen»* zusammen, um sich zehn Tage lang mit «Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung» auseinanderzusetzen. Anderseits wurden die Delegierten in den Hearings mit Informationen und Meinungen konfrontiert, die von anderer Seite als von den die Versammlung tragenden Kirchenorganisationenen KEK und CCEE eingeholt wurden. Zudem hatten sie die Möglichkeit, den Gruppen und deren Anliegen zu begegnen, die in der «Zukunftswerkstatt

Europa» in weit über 100 Kojen ihre Arbeit vorstellten.

Kardinal Carlo Maria Martini, Präsident des CCEE, sprach auf der Abschlusspressekonferenz so von einer vierfachen Beteiligung: die Versammlung der Delegierten von KEK und CCEE, die für die Hearings verantwortlichen Gruppen, die Gruppen und Organisationen der «Zukunftswerkstatt» und das «Volk Gottes», das heisst die interessierten Besucherinnen und Besucher der Veranstaltung. Zugleich sprach er die Hoffnung aus, dass so nicht nur Delegierte und nichtdelegierte Teilnehmer miteinander in Verbindung gekommen seien, sondern auch diese engagierten Gruppierungen untereinander.

Auch ein «Kirchentag»

Das «Beiprogramm» bot den Besuchern und Besucherinnen in der Zeit der nichtöffentlichen Gruppenarbeit der Versammlung Möglichkeiten eines Kirchentages an: das vom Lokalen Komitee verantwortete «Besucherforum» umfasste vorwiegend Vorträge und Referate mit Gesprächen, aber auch Veranstaltungen über «non-violent communication» mit Marshall Rosenberg; die Frauenberatungsstelle Basel lud auf das «Frauen-Boot auf dem Rhein» zu Begegnung und Auseinandersetzung mit Anliegen von Frauen ein; Historische Friedenskirchen und Gruppen und Gemeinschaften der kirchlichen Friedensbewegung luden zu Veranstaltungen in ein «Peace House» ein.

Ein Rückblick auf diese vielfältige Woche, die von den Medien mit grosser Aufmerksamkeit begleitet wurde – weit über 500 Journalisten und Journalistinnen waren akkreditiert –, ist nicht nur wegen der für einen einzelnen unüberblickbaren Vielfalt von Informationen, sondern auch wegen ihrer Widersprüchlichkeit sehr schwierig. Eine wohl durchgehend geteilte Ansicht und Einsicht ist, dass «Frieden in Gerechtigkeit» heute schon – und nicht erst morgen – eine Überlebensnotwendigkeit ist und konkrete Schritte erfordert. Während über die dem einzelnen möglichen Schritte wohl auch noch ein weitgehendes Einvernehmen zu erreichen sein scheint, ist und bleibt jedoch strittig, welche Schritte gemeinsam getan werden müssen. Das zeigte sich etwa auf den von europäischen Naturwissenschaftlern veranstalteten Hearings und an ihrem in diesem Rahmen veröffentlichten «Baseler Manifest». Zum einen warnen sie vor einer zweiten Sintflut, zu der die augenblickliche vom Menschen verursachte Erwärmung der Erde führen muss. «Wenn eine Klimakatastrophe verhindert werden soll, muss dieser Entwicklung jetzt Einhalt geboten werden.» Deshalb fordern sie ein Produktionsverbot für Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe (FCKW) sowie eine drastische Begrenzung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe. So kommen sie aber auch zur Aussage: «Auf Kernenergie kann daher vorerst im europäischen Rahmen nicht verzichtet werden», wobei sie aus Sicherheitsgründen zugleich neue Technologien und damit neue Reaktorlinien fordern. Dagegen stehen all jene, die um der Sicherheit willen für einen bedingungslosen Verzicht auf die Kernenergie plädieren. Für einen Verzicht plädierten auch Delegierte, ihr Plädoyer fand jedoch keine Aufnahme in das Schlussdokument. Dieses plädiert nur für eine vernünftige Zurückhaltung: «Keinesfalls darf unsere künftige Energieversorgung von Kernkraft abhängen, weil damit zu viele soziale, technische, ökologische und militärische Risiken verbunden sind. Die Sicherheitsvorschriften für Atomkraftwerke sollten den höchsten internationalen Normen entsprechen.» Die erhobene Forderung auf einen vollständigen Verzicht wird aber vermutlich – wie andere Meinungen, die keine Mehrheit erreichten – im Bericht der Versammlung als «Minderheitserklärung» festgehalten sein.

Voneinander lernen

Eine andere Widersprüchlichkeit zeigte sich auch in der Frage der gleichberechtigten Teilnahme der Frauen an den Entscheidungsfindungsprozessen der Kirche. Auf einer Veranstaltung des «Frauen-Bootes» mit Mary Hunt und Diann Neu über die «Women-Church» in den USA erklärten die amerikanischen Gäste, für sie könne es nicht mehr darum gehen, die Kirche(n) zu verändern, sondern als Frauen selber Kirche zu sein, «religious agent» (religiös eigenständig Handelnde) zu werden, die eigenen Erfahrungen selber zu benennen, die eigenen Entscheidungen zu treffen und diese neue Erfahrung «in community», gemeinschaftlich und verantwortlich zu leben. Das Schlussdokument hat demgegenüber die Zielvorstellung einer erneuerten Gemeinschaft von Männern und Frauen in Kirche und Gesellschaft, «in der Frauen auf allen Ebenen einen gleichen Teil der Verantwortung tragen wie die Männer und in der sie ihre Gaben, Einsichten, Werte und Erfahrungen frei einbringen können». Für eine solche Erneuerung plädierte vor der Plenarversammlung auch Annemarie Schönherr, stellvertretende Vorsitzende des Präsidiums des Kirchentages in der DDR. Dass in der Vergangenheit Frauen von der Mitverantwortung und Mitgestaltung ausgeschlossen waren, brachte ihnen Vorteile, aber auch Nachteile: «Sie profitierten von Erfolgen und Siegen. Bei Misserfolgen und Niederlagen waren sie und ihre Kinder die ersten Opfer. Selten waren Frauen aktiv an Kämpfen beteiligt. Sie dienten als Männerersatz zu Hause und ermöglichten so, was sich ‹draussen› abspielte. Sie haben ihre Privatisierung hingenommen. Ihre Einsichten in die Mitschuld stehen unter den Vorzeichen ‹blinder Gehorsam›, ‹bequeme Unselbständigkeit›, ‹unreflektierte Anpassung›.» Heute aber möchten sie Politik und Alltag, Öffentliches und Privates zusammenbringen. «Das ist viel mehr, als in die Männerwelt zugelassen zu werden und in deren Denk-, Rede- und Arbeitsweisen mitzufunktionieren. Ihre Geschichte hat sie zu Expertinnen gemacht für die Sorge um Kinder, um alte und hilfsbedürftige Menschen, für die Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen. An diese Erfahrungen möchten sie anknüpfen und zugleich Männer in die sozialen Alltagsbezüge einbeziehen.»

Voneinander lernen und sich dabei verändern, das empfiehlt Annemarie Schönherr auch den beiden Europa trennenden Gesellschaftssystemen im Blick auf ein wirklich gemeinsames europäisches Haus. «200 Jahre nach der Französischen Revolution und mehr als siebzig Jahre nach der Russischen Oktoberrevolution ist es Zeit, dass ihre Erben deren jeweilige Prioritäten und Vorzüge kritisch überprüfen. Auf keiner der beiden Seiten sind die ursprünglich gemeinten Werte voll verwirklicht. Beide sind reformbedürftig. Beide haben je ihre Probleme in bezug auf breite gesellschaftliche Mitbestimmung. Der Sozialismus hat es nicht geschafft, den Egoismus nachhaltig zu bremsen. Aber er hat mit seiner Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik die Sicherung der sozialen Menschenrechte durchgehalten. Darum hat er sehr viel mehr zu bieten als augenblickliche Schwierigkeiten ausweisen. Dass, wer sich durchzusetzen vermag, im sogenannten Kapitalismus besser lebt und sich freier bewegen kann, ist kein Geheimnis. Aber die Gefährdung einer Gesellschaft, deren Wirtschaft alle gemeinsamen Interessen ausschliessen kann, wenn es um Profit geht, wird allenthalben deutlich. Die Grundordnung des zukünftigen Hauses muss auf beidem beruhen: auf sozialer Gerechtigkeit und der Mitverantwortung aller.»

Unterschiedliche Überzeugungen und unterschiedliche Traditionen

Der Gegensatz zwischen Ost- und Westeuropa kam zu Beginn der Versammlung auch im Unbehagen osteuropäischer Delegierter am Entwurf des Schlussdokumentes zum Ausdruck: er sei zu einseitig aus «westlicher Sicht» geschrieben, war zu hören. Deshalb trafen sie sich zu einer nichtöffentlichen Aussprache über Möglichkeiten, gemeinsam «eine osteuropäische Sicht» einzubringen. Über dieses Treffen, das natürlich die Neugier von Journalisten weckte, äusser-

te später eine Delegierte aus der DDR ernüchtert, es habe sie eigentlich auf die Frage gebracht, was Osteuropa sei.

Osteuropa trat auf der Versammlung als «ein anderes Gesellschaftssystem», aber auch als «eine andere kirchliche Tradition» in Erscheinung. So erhielt gleich zu Beginn der Versammlung ein russisch-orthodoxer Theologe das Wort, um den Beratungsgegenstand der Versammlung theologisch und spirituell zu orten. Erzbischof Kyrill von Smolensk, Rektor der Theologischen Akademie Leningrad, entwarf eine «Ökologie des Geistes», nach der der Frieden in Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung nicht das Ziel des menschlichen Lebens ist, sondern Mittel – das Ziel ist «das ewige Leben in Gott, der verklärte Kosmos»; sie sind aber Mittel, ohne die das Ziel nicht zu erreichen ist. Denn nicht nur die Menschheit, sondern die gesamte Schöpfung hat ihre Zukunft in Christus. Das aber setzt «die Wiederherstellung der ursprünglichen Beziehung zwischen Mensch und Natur voraus. Nicht eine Versklavung des einen durch den anderen, wobei es unwichtig wäre, wer wen versklavt, weil die Versklavung eine Verletzung des Willens Gottes ist, sondern ein harmonisches Miteinander.» Auf der Grundlage dieser theozentrischen Ethik nur sei es möglich, «die Menschen zur Überwindung der heutigen Krisen zu organisieren». Eingehend ging hier Erzbischof Kyrill der Frage nach, wie die Christen dennoch und ohne auf die Grundsätze dieser religiösen Ethik zu verzichten, mit Vertretern anderer Religionen und Ideologien zusammenarbeiten können. Eine solche Zusammenarbeit ist für Erzbischof Kyrill möglich, weil einerseits die Besorgtheit gemeinsam ist und es anderseits möglich sein sollte, einen rationalen Konsens über die absolute und unvergängliche Bedeutung der allgemein menschlichen moralischen Werte zu formulieren.

Diese grundsätzliche Überlegung veranschaulichte Erzbischof Kyrill am Beispiel des Gegensatzes zwischen Ost- und Westeuropa. Unterschiedliche Gesellschaftssysteme müssten weder zu einem Gegenüber noch zu einer Teilung führen, unter der Voraussetzung allerdings: «Erstens dürfen ideologische Meinungsunterschiede nicht auf zwischenstaatliche Berziehungen übertragen werden, weil die Ideologien unterschiedlich sein dürfen, während die Interessen der Menschen angesichts gleicher Probleme oder gleicher Bedrohungen gleich sind... Zweitens kann ein gesellschaftlich-politisches System nur dann dem Frieden und der Festigung der Verständigung zwischen den Ländern dienen, wenn innerhalb dieses Systems selbst auch Frieden herrscht, das heisst wenn dieses System die Gerechtigkeit gewährt und nicht Geteiltheit und Gegenüberstellung voraussetzt.»

Und bezogen auf «Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung» verlange diese ethische Sicht, dass zu deren Erreichung angemessene Mittel eingesetzt werden. Denn «wenn zum Erreichen eines Zieles Mittel verwendet werden, die ihrem Wesen nach das Gegenteil von diesem Ziel bilden, so wird dieses Ziel nie erreicht». Der Kampf für Frieden in Gerechtigkeit und für die Bewahrung der Schöpfung bedeute deshalb «den Kampf für eine solche Lebensordnung, welcher wahre geistige und moralische Werte zugrunde liegen, welche das Potential der gesamten Schöpfung realisieren hilft». Und deshalb setze dieser Kampf «Reue, Erneuerung des Geistes, Selbstdisziplin und Entwicklung einer neuen Lebensweise sowie neuer Lebensvorstellungen voraus. Das ist ein Kampf für ein integres Wertsystem, wo Ziele nicht durch Mittel ersetzt werden.»

Auch der westeuropäische Theologe, der Kurienkardinal Roger Etchegaray, plädierte in einer theologischen und spirituellen Meditation für eine ganzheitliche Sicht der Schöpfung und eine entsprechende Sozialethik. «An den Schöpfer glauben und als Geschöpf leben bedeutet zuallererst, dass wir unseren Blick auf die Dreieinigkeit der Liebe richten als einziges Prinzip der Schöpfung.» Eine ganzheitliche Sicht der Schöpfung impliziert aber auch das Prinzip, «dass alle Güter dieser Welt – und nicht nur die aus dem Überfluss – ursprünglich für alle bestimmt sind... Die Schätze der Natur sind das gemeinsame Erbe der ganzen Menschheit, und wer sie heute benutzt, muss immer die Bedürfnisse der anderen Menschen, der von heute und der von morgen, berücksichtigen.»

Das konkrete ethische Urteilen der Kirche(n) wurde vor der Versammlung allerdings auch kritisiert. Die finnische Theologiestudentin Sylvia Raulo forderte die Kirchen, die anscheinend oft moralische Urteile über das Verhalten einzelner fällen können, zu ernsthaften intellektuellen Anstrengungen auf, um im Gespräch mit Fachleuten und Betroffenen die Debatte über die ethischen Fragen unserer Zeit fördern zu können. Zu solcher Anstrengung gehöre auch «ein Freiraum zur Diskussion innerhalb der Kirche, und das ist nur möglich, wenn das Recht auf Äusserung kontroverser Meinungen respektiert wird». Dabei heisse Dialog nicht, alles zu akzeptieren, sondern bedeute Herausforderung, «und nötigenfalls muss man die Stimme erheben, um die Perspektiven, die Werte und Kriterien für eine echte Entwicklung aufzuzeigen». Die Versammlung nahm sich denn auch viel Zeit, um Spezialisten für Fragen unserer Zeit zuzuhören: dem britischen Journalisten und Politiker David Steel, dem italienischen Biologen und Politiker Mario Pavan, der portugiesischen Chemikerin und Politikerin Maria Lourdes de Pintasilgo, der Exekutivsekretärin des Allindischen Christlichen Frauenrates, Aruna Gnanadason, die die Sicht der südlichen Hemisphäre einbrachte und sich dabei für die Anerkennung und Unterstützung von Volksbewegungen – Friedensbewegung, Menschenrechtsgruppen, Solidaritätsnetzwerke – einsetzte.

Eine Zusammenschau

Das eigentliche Arbeitsergebnis der Versammlung ist das 30 Manuskriptseiten umfassende Schlussdokument, dessen deutsche Fassung eine redaktionell noch nicht genehmigte Übersetzung ist. In der Schlussabstimmung wurde dieses mit einer überwältigenden Mehrheit angenommen (481 Ja- gegen 12 Nein-Stimmen bei 11 Enthaltungen; der Text der Botschaft wurde mit 489 Ja- gegen 3 Nein-Stimmen bei 10 Enthaltungen gutgeheissen). Die Beratung dieses Textes erfolgte vor allem in Gruppenarbeit, die Beschlussfassung im Plenum war durch die verständlicherweise einschränkenden Verfahrensregeln darauf beschränkt, Texte des dritten Entwurfes streichen oder durch im dritten Entwurf nicht mehr vorfindliche Texte des zweiten Entwurfes ersetzen oder dann den Text kapitelweise oder ganz ablehnen zu können. Das hatte dann etwa zur Folge, dass der Antrag, den Nordirlandkonflikt ausdrücklich zu nennen, nicht akzeptiert werden konnte; der Name «Irland» findet sich nämlich weder im zweiten noch im dritten Entwurf. Die Redaktionsgruppe der Versammlung hatte entschieden, kein europäisches Land namentlich zu nennen, auch Nordirland nicht, obwohl mit der Nr. 61 Nordirland im Blick ist: «Wir bekräftigen mit Nachdruck die Bedeutung gewaltfreier politischer Mittel. Sie sind der angemessene Weg, Veränderungen in Europa zu erreichen. In unseren Ländern oder auf unserem Kontinent gibt es keine Situation, die einen Einsatz von Gewalt verlangen oder rechtfertigen würde.» Dieses Vorgehen wurde nicht nur mit der knappen Zeit begründet, sondern auch mit der Tatsache, dass der Text auf einem für eine europäische ökumenische Erklärung erstmalig so breit angelegten Prozess der Beratung und Diskussion beruht.

Im ersten Kapitel wird die Europäische Ökumenische Versammlung «Frieden in Gerechtigkeit» charakterisiert, das zweite Kapitel benennt die Herausforderungen, das dritte Kapitel bringt unseren gemeinsamen Glauben zur Sprache, das vierte Kapitel formuliert ein «Sündenbekenntnis und Umkehr zu Gott», das fünfte Kapitel skizziert den Weg zum Europa von morgen, das sech-

ste Kapitel enthält grundsätzliche Aussagen, praktische Verpflichtungen, Empfehlungen und Ausblicke auf die Zukunft. (Auf den Inhalt des Schlussdokumentes werden wir zurückkommen, sobald es in der endgültigen deutschen Übersetzung vorliegen bzw. erhältlich sein wird.)

Der Prozess muss weitergehen!

Das Ergebnis der Europäischen Ökumenischen Versammlung insgesamt ist aber mehr als schriftlich vorliegt. Es ist die Kraft, die über die Delegierten und die anderen Teilnehmer in den Kirchen Europas zur Wirkung kommen kann. Und es ist auch der Beitrag, den diese europäische Versammlung zur Weltversammlung für «Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung» in Seoul 1990 leisten kann. Emilio Castro, Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, dankte in seinem Grusswort deshalb auch der KEK und dem CCEE für die Initiative, «ein solches unverzichtbares regionales Treffen vorzubereiten, es durchzuführen und die Nacharbeit zu leisten». Papst Johannes Paul II. äusserte sich in seinem Brief an Kardinal Carlo Maria Martini, als Präsident des CCEE Copräsident der Versammlung, gar nicht zu diesem weltweiten Kontext; die damit erinnerte Ungewissheit über die Art und Weise der römisch-katholischen Beteiligung an der Weltversammlung hat in Basel nicht nur auf Pressekonferenzen zu reden gegeben.

In der Schweiz weiss sich das «Schweizerische Ökumenische Komitee für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung» zur Nacharbeit in besonderer Weise verpflichtet; über die von ihm vorgesehenen konkreten Schritte bis 1991 will das Komitee bereits Mitte Juni orientieren.

Ein gutes Zeichen für die Ernsthaftigkeit des Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung war meines Erachtens, wie am Schlussgottesdienst mit der Störaktion der «Bewegung» umgegangen wurde, dass der Sekretär des CCEE, Ivo Fürer, und der Sekretär der KEK, Jean Fischer, erklären konnten, die Störefriede angehört und ihnen versprochen zu haben, sich für ihre Anliegen bei den Behörden einzusetzen. Mit dieser Störaktion wurde Carl Friedrich von Weizsäckers Ansprache unterbrochen, in der der grosse Mahner – «Die Zeit drängt!» – wie vorausgeahnt erklärte: «Soziale Gerechtigkeit im eigenen Land verlangt Schutz derer, die keine demokratische Mehrheit zu erringen vermögen. Einhaltung der Menschenrechte fordert, dass die Mächtigen, das heisst die Besitzenden und die Regierungsfunktionäre, ihre Angst vor den Schwächeren überwinden, eine selbstverschuldete und selbstzerstörende Angst.»

Rolf Weibel

Dokumentation

Sozialethische Überlegungen zur Diskussion über die Abschaffung der Schweizer Armee

Die Schweizerische Nationalkommission Justitia et Pax und die Kommission für soziale Fragen des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK) haben zur Volksinitiative «für eine Schweiz ohne Armee und eine umfassende Friedenspolitik» eine Orientierungshilfe veröffentlicht, zu der sie nachdrücklich erklären: «Die beiden Kommissionen veröffentlichen diese Überlegungen in ihrem eigenen Namen nach eingehenden Gesprächen unter sich und mit den Kirchenleitungen. Sie verstehen diesen Text nicht als letztes Wort und nicht als Abstimmungsparole, sondern als Orientierungshilfe für die eigene Auseinandersetzung mit den durch die Initiative ‹für eine Schweiz ohne Armee› aufgeworfenen Fragen.» In diesem Sinne dokumentieren wir sie nachstehend im Wortlaut. Redaktion

Durch die Einreichung der Volksinitiative «für eine Schweiz ohne Armee und eine umfassende Friedenspolitik» ist in der Schweiz erstmals in ihrer Geschichte – sieht man von den Diskussionen der Zwischenkriegszeit innerhalb der Sozialdemokratischen Partei ab – eine breitere Debatte über Sinn und Notwendigkeit einer militärischen Landesverteidigung in Gang gekommen. Die öffentliche Diskussion über diese Frage ist entsprechend schwierig und löst teilweise Ängste und Aggressionen aus. Gerade deshalb scheint es uns notwendig, dass sich auch kirchliche Stellen an der Diskussion beteiligen und nach Möglichkeit zu ihrer Versachlichung und Vertiefung beitragen. Dabei können sie sich auf eine intensive ethische Diskussion und auf eine ganze Reihe neuerer kirchlicher Aussagen stützen und diese in Erinnerung rufen. Denn es wäre in der Tat wenig konsequent, wenn diese früheren kirchlichen Aussagen heute, da es um eine konkrete Entscheidung geht, nicht mitbedacht würden.

So hat die schweizerische Nationalkommission Justitia et Pax 1988 unter dem Titel «Gewaltfreies Handeln in unserer Gesellschaft» eine Broschüre mit zahlreichen Anregungen und Vorschlägen zur Verminderung der Gewalt in verschiedenen Bereichen vorgelegt und sich dabei auch mit der Frage gewaltfreier Aussenbeziehungen der Schweiz beschäftigt. Vom Institut für Sozialethik des SEK ist 1983 der Bericht «Frieden schaffen, Frieden schützen» veröffentlicht worden, in welchem – gestützt auf theologisch-ethische Erörterungen und eine Analyse zur schweizerischen Sicherheitspolitik – ein Friedenskonzept und konkrete Empfehlungen und Verantwortlichkeiten formuliert werden. Die folgenden Überlegungen zur Diskussion um die Initiative «für eine Schweiz ohne Armee» können auch als Weiterentwicklung und Konkretisierung der in diesen Arbeiten enthaltenen Gedanken aufgrund des gegenwärtigen Erkenntnisstandes verstanden werden.

Eine legitime Diskussion

Die Tatsache, dass wir uns aus Anlass der Initiative «für eine Schweiz ohne Armee» äussern, weist als erstes darauf hin, dass wir die durch sie aufgeworfenen Fragen durchaus für diskussionswürdig halten. Die Kirchen haben in der Vergangenheit verschiedentlich betont, dass der einzelne sich in seinem Gewissen zu entscheiden hat, ob er selber sein Land mit der Waffe verteidigen oder auf jede Gewalt verzichten will. Analog kann und soll sich auch die Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger von Zeit zu Zeit fragen, ob für ihren Staat die bewaffnete Landesverteidigung das ethisch Gebotene darstellt. In diesem Sinne hat die Synode 72 der Schweizer Katholiken betont, dass unser Verteidigungskonzept «stets neu bedacht» werden muss – «auch unter Einbeziehung der Möglichkeiten des zivilen gewaltlosen Widerstandes», wie es in den Empfehlungen der Basler Diözesansynode heisst. Auch die erwähnte Schrift «Frieden schaffen, Frieden schützen» fordert eine ernsthafte Prüfung nicht-militärischer Verteidigungsformen. Schon 1957 hatte die Abgeordnetenversammlung des Kirchenbundes daran erinnert, «dass der Friede niemals durch Furcht, sondern einzig durch Gerechtigkeit und Brüderlichkeit gewahrt werden kann». Die Initiative «für eine Schweiz ohne Armee» kann entsprechend als ein Mittel betrachtet werden, um die Institution Armee und die Frage möglicher Alternativen zu ihr öffentlich zu diskutieren.

Daher möchten wir uns entschieden von all jenen distanzieren, die nur schon die Diskussion über die Initiative für schädlich halten, weil sie von ihr negative Auswirkungen auf den Wehrwillen und dessen Einschätzung im Ausland befürchten. Wir erachten es im Gegenteil als richtig, dass die Frage der militärischen Landesverteidigung und ihrer Konzeption von Zeit zu Zeit vertieft diskutiert wird. Sonst laufen wir Gefahr, die militärische Landesverteidigung in der Schweiz auch dann noch aufrechtzuerhalten, wenn sie funktionslos oder gar unverantwortlich geworden ist. Ist es möglich, solche Grundfragen wie jene der Landesverteidigung in der Schweiz öffentlich zu erörtern, so ist dies

auch ein Zeichen für die Qualität der demokratischen Meinungsbildung in unserem Lande.

Für eine faire Meinungsbildung ohne Diskriminierung

Soll das Ziel einer vertiefteren Auseinandersetzung über die Notwendigkeit der Armee erreicht werden, so setzt dies bei allen Beteiligten Fairness und Toleranz voraus. Dabei muss versucht werden, die jeweiligen Diskussionspartner/innen mit sachlichen Argumenten zu überzeugen und sie nicht unehrenhafter Motive zu verdächtigen oder sie gar aufgrund ihrer Haltung zur Armee zu diskriminieren. Dies heisst beispielsweise, dass den Befürwortern/innen der Initiative nicht einfach die Liebe zur Heimat abgesprochen werden darf. Auf der anderen Seite ist es ebenso falsch, die Gegner/innen der Initiative einfach als Militaristen/innen abzustempeln. Auf solche Vorurteile und Verurteilungen ist in der Diskussion durchwegs zu verzichten. Nur so ist es möglich, dass die Auseinandersetzung um die Initiative nicht zu einer Vertiefung der Gräben zwischen Befürwortern/innen und Gegnern/innen der Armee führt, sondern den Weg für einen verstärkten politischen Dialog über Ziele und Mittel schweizerischer Sicherheits- und Friedenspolitik bereiten hilft.

Wenn wir im folgenden versuchen, einige uns wichtige Überlegungen in diese sicherheitspolitische Diskussion einzubringen, so möchten wir gleich zu Beginn festhalten, dass es bei der Abstimmung über die Initiative für die Abschaffung der Armee unseres Erachtens nicht um eine Bekenntnisfrage geht. Es geht nicht um ein gleichsam religiöses Bekenntnis für oder gegen die Armee, womit auch gesagt ist, dass ein/e Christ/in in guten Treuen für oder gegen die Initiative stimmen kann. Verlangt ist nicht ein Bekenntnis, sondern das sachliche und sorgfältige Abwägen der Gründe, die für und gegen die Aufrechterhaltung der militärischen Landesverteidigung sprechen. Dabei sind auch wirtschaftliche und andere Interessen, die mit zur Debatte stehen, zu erkennen und offen zu benennen. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass diese Interessen – beispielsweise das Interesse vieler Betriebe (Arbeitgeber/innen und Arbeitnehmer/innen) an der Armee als Auftraggeberin – richtig gewichtet und im Zusammenhang mit anderen Aspekten gesehen werden. Denn es wäre ja sicher falsch, eine Armee allein aus wirtschaftlichen Gründen aufrechterhalten zu wollen.

Die Notwendigkeit der Überwindung des Krieges

Während Jahrhunderten, ja Jahrtausenden wurde der Krieg als Mittel eingesetzt, um politische, wirtschaftliche und soziale Ziele durchzusetzen, anderen Menschen und Völkern den eigenen politischen Willen aufzuzwingen oder eigene Interessen zu verteidigen. Dies führte zu immer mehr Toten und Zerstörungen, je wirksamere Waffen dabei eingesetzt werden konnten. In der Neuzeit hatte dies schliesslich Kriege mit Millionen von Toten und der Verwüstung ganzer Städte und Gegenden zu Folge. Und mit den modernen Massenvernichtungswaffen ist es schliesslich möglich geworden, dass durch einen Krieg die ganze Menschheit ausgelöscht werden kann. Deshalb stellte die Gründungsversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges fest: «Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein.» Der Weltfrieden ist zu einer eigentlichen «Überlebensbedingung der Menschheit» (C. F. von Weizsäcker) geworden. In Anbetracht der irreversiblen Kriegsfolgen besteht für die Staaten – soll die Menschheit überleben – gleichsam ein «Zwang zum Frieden».

Dies gilt insbesondere für die Staaten Mitteleuropas. Sollte es hier zu einem Krieg kommen, so wären mit grosser Wahrscheinlichkeit Atommächte darin verwickelt; damit wäre die Gefahr einer atomaren Auseinandersetzung gegeben. Dies entspricht auch der Meinung des gegenwärtigen Oberbefehlshabers Europa Mitte der NATO, der 1988 erklärte, jeder militärische Konflikt in seinem Kommandobereich habe vom ersten Tag an den Charakter eines dritten Weltkrieges, und Kernwaffen bildeten nach wie vor ein Element jeder Abschreckungsstrategie, auf das nicht verzichtet werden könne (NZZ vom 3. August 1988). Gerade für Mitteleuropa gilt deshalb die Aussage C F. Weizsäckers, dass die Zeit gekommen ist, «in der die politische Institution des Krieges überwunden werden muss».

Für die Überwindung des Krieges als Institution muss man vernünftigerweise aber nicht nur aufgrund der möglichen Kriegsfolgen eintreten, sondern auch aufgrund der gewaltigen Ausmasse, welche die Kriegsvorbereitung erreicht hat. Denn angesichts der vielen ungelösten Probleme der Menschheit (Verknappung der Ressourcen, Verschuldung der Dritten Welt, Treibhauseffekt usw.) ist es unverantwortlich und unvernünftig, dass weltweit jährlich über tausend Milliarden Franken für Rüstungsgüter ausgegeben werden. Diese Mittel müssten dringend zur Lösung der grossen Menschheitsprobleme, zur Bekämpfung von Armut und Hunger, zur Sicherstellung der Energieversorgung, zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, zur Verbesserung der Bildung und der gesundheitlichen Vorsorge usw. eingesetzt werden.

Krieg – ein ungeeignetes Mittel zur Konfliktlösung

Aufgrund sowohl der möglichen Kriegsfolgen als auch der Aufwendungen in Zeiten relativen Friedens zur Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft kann eine militärische Auseinandersetzung heute noch weniger als früher als rationales Instrument zur Durchsetzung politischer Ziele betrachtet werden. Überdies ist festzustellen, dass Kriege in den letzten Jahren oft zu keiner Entscheidung, sondern bloss zu einer Pattsituation geführt haben, wie etwa das Beispiel des Golfkrieges zeigt. Trotzdem ist es so, dass es weiterhin Kriege gibt und dass auch in Europa die Möglichkeit eines Krieges nicht völlig ausgeschlossen werden kann. Dies heisst also: Kriege sind zwar heute absolut kein vernünftiges Mittel mehr zur Durchsetzung politischer Interessen, sie sind aber trotzdem noch Realität (oder in bezug auf Europa: eine nicht auszuschliessende Möglichkeit).

In dieser Situation ist es ein Gebot der Stunde, an alle zu appellieren, auf den Krieg als Mittel zur Konfliktlösung zu verzichten. Dieser Appell richtet sich in erster Linie an potentielle Angreifer. Dies bedeutet aber nicht, dass er für den angegriffenen Staat keine Geltung besitzt und dass die militärische Verteidigung jederzeit und mit allen Mitteln gerechtfertigt ist. Vielmehr gibt es auch ethische Grenzen der militärischen Verteidigung. Ein Verteidigungskrieg lässt sich – wie im nächsten Abschnitt gezeigt wird – nicht einfach mit dem einzigen Argument, man habe sich nur verteidigen wollen, legitimieren.

Die ethisch legitime Verteidigung und ihre Grenzen

Sowohl die katholische wie die evangelischen Kirchen haben angesichts der unermesslichen Wirkungen moderner Waffen Abstand genommen von der tradierten Theorie des «gerechten Krieges», die – zwar in der Absicht, an das Führen von Kriegen hohe Anforderungen zu stellen – eine ethische Legitimierung von Kriegshandlungen zur Wiederherstellung von Gerechtigkeit und Frieden zuliess. Das 2. Vatikanische Konzil anerkennt ein «Recht auf sittlich erlaubte Verteidigung» (Pastoralkonstitution Gaudium et Spes, Nr. 79), setzt diesem Recht aber insofern Grenzen, als auch der sich verteidigende Staat keine Massenvernichtungswaffen einsetzen darf (Nr. 80). Auf eine generelle Grenze hat darüber hinaus das Dokument der päpstlichen Kommission Justitia et Pax «Der Heilige Stuhl und die Abrüstung» 1977 aufmerksam gemacht, in welchem es heisst: «Wenn der verursachte Schaden in keinem Verhältnis mehr steht zu den Werten, die man zu wahren sucht, ist es besser, Un-

recht zu leiden, anstatt sich (militärisch) zu verteidigen. Denn das Recht und die Pflicht eines aktiven, wenn auch gewaltlosen Widerstandes gegen ungerechte Unterdrückung bleiben im Namen der Rechte und der Würde des Menschen unangetastet.» Ähnlich stellte die «Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft» des ÖRK 1966 fest, der Atomkrieg übersteige alle Vorstellungen und könne niemals Gerechtigkeit herstellen. «Wir sagen allen Regierungen und Völkern, dass der Atomkrieg gegen Gottes Willen... ist.» Ein solcher Krieg, so die 6. Vollversammlung des ÖRK 1983, sei «unter keinen Umständen, in keiner Region und durch kein Gesellschaftssystem zu rechtfertigen».

Wenn man die für Mitteleuropa möglichen Kriegsszenarien bedenkt, stellt sich die aufgezeigte Problematik auch für die Schweiz mit grosser Dringlichkeit. Denn diese Szenarien rechnen mit dem wahrscheinlichen Einsatz von Massenvernichtungsmitteln, sicher aber mit dem Aufeinanderprallen von hochtechnisierten Armeen mit grosser Feuerkraft. Die Schweiz muss sich also im Falle einer militärischen Auseinandersetzung in Europa die Frage stellen, ob der zu erwartende Schaden eines Verteidigungskrieges noch in einem vernünftigen Verhältnis zu den Werten (Freiheit, Demokratie, Lebensqualität, eigene Kultur) steht, die man verteidigen will. Denn gewiss wäre es ethisch nicht zu rechtfertigen, durch einen Verteidigungskrieg das Risiko der Vernichtung eines grossen Teils der Bevölkerung einzugehen – beispielsweise wenn der angreifende Staat mit dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen droht. In einem solchen Fall schiene uns der Augenblick gekommen, da – zumindest vorübergehend – das Überleben des politischen Gemeinwesens Schweiz um des Überlebens der Menschen willen, die dieses Land bewohnen, geopfert werden müsste. Denn ohne Leben wird auch die Freiheit bedeutungslos; solange aber ein Volk überlebt, hat es die Chance, später wieder frei zu werden.

Allerdings besteht gleichzeitig die Gefahr einer weitgehenden oder völligen Zerstörung der Schweiz in einem europäischen Krieg heute auch dann, wenn sie darauf verzichtet, sich militärisch zu verteidigen. Dann bestünde beispielsweise das Risiko, dass unser Territorium besetzt oder durch die eine Kriegspartei mit Massenvernichtungswaffen so weit zerstört oder verseucht würde, dass es von der anderen Kriegspartei nicht mehr in Besitz genommen werden könnte (um sich strategische Vorteile zu verschaffen).

Mit oder ohne militärische Landesverteidigung besteht schliesslich die Gefahr, dass die Schweiz aufgrund der Folgewirkungen eines Atomkrieges grosse Verluste an Menschenleben und beträchtliche Zerstörungen erleidet, selbst wenn keine einzige Atombombe direkt unser Land trifft.

Die Experten/innen sind sich nicht einig, in welchem der beiden Fälle – bei einer bewaffneten Verteidigung oder beim Verzicht auf diese – das Risiko einer Zerstörung unseres Landes und der Vernichtung von Menschenleben grösser ist. Sicher ist dies aber eine der zentralen Fragen in der Auseinandersetzung um die Abschaffung der Armee. Sollte es sich herausstellen, dass das Risiko in beiden Fällen ähnlich gross ist, so erhebt sich die Frage, ob der bisherige Aufwand für die militärische Landesverteidigung weiterhin gerechtfertigt ist. In Anbetracht der geschilderten möglichen Folgen einer militärischen Auseinandersetzung könnte man formulieren: Man kann nur dann überzeugt für die Armee eintreten, wenn man der Ansicht ist, dass sie nie eingesetzt zu werden braucht. Sicher darf man sich nicht der Vorstellung hingeben, nur schon durch die Existenz der Armee könne im Kriegsfall die Sicherheit unseres Landes und seiner Bewohner garantiert werden.

Immerhin dürfte aber die Schweizer Armee zumindest in einem sogenannten konventionellen Krieg in Mitteleuropa, der auch für die Zukunft nicht völlig ausgeschlossen werden kann, eine gewisse dissuasive (abhaltende) Wirkung entfalten. Dies hat sich in der Vergangenheit wiederholt gezeigt, auch wenn gleichzeitig betont werden muss, dass die Armee gewiss nicht der einzige Grund war, weshalb die Schweiz in beiden Weltkriegen nicht angegriffen wurde. Im Interesse der gemeinsamen Sicherheit aller Staaten ist es dabei auch für die Zukunft wichtig, dass die Schweizer Armee von keinem Land als direkte Bedrohung empfunden wird und sich entsprechend um eine rein defensive Verteidigungsstrategie bemüht.

Legitimes Sicherheitsbedürfnis

Das Bedürfnis nach Sicherheit stellt sowohl für einzelne als auch für die staatliche Gemeinschaft ein durchaus legitimes Bedürfnis, ja ein Recht dar. Unter den heutigen Bedingungen kann aber dieses Bedürfnis immer weniger mit militärischen Mitteln befriedigt werden. Dies gilt für den Fall des Krieges, aber noch weit mehr für andere, nicht-militärische Bedrohungen, beispielsweise für Schädigungen aus ökologischen Katastrophen im eigenen Land sowie in anderen Ländern. Die Katastrophe von Tschernobyl hat dies mit aller Deutlichkeit gezeigt. Um ein Minimum an Sicherheit gegen solche Bedrohungen bieten zu können, bedarf es anderer Mittel.

Überdies ist ganz klar zu sagen, dass es – mit oder ohne Armee – die absolute Sicherheit nicht gibt und geben kann. Und es wäre falsch, wenn der Staat beziehungsweise seine Vertreter/innen mit Verteidigungskonzepten diesen Eindruck zu vermitteln suchten. Denn unter den Bedingungen der heutigen Gesellschaft mit ihren vielfältigen Bedrohungspotentialen ist es schlichtweg unmöglich, dass ein Staat seinen Bewohnern/innen die Garantie völliger Sicherheit geben kann.

Schliesslich ist Sicherheit am besten nicht gegen andere, sondern mit andern zusammen zu verwirklichen. Dies führte in den letzten Jahren zur Entwicklung von Konzepten der Sicherheitspartnerschaft. Sie machen deutlich, dass nicht die eigene Sicherheit, sondern die gemeinsame Sicherheit aller Staaten das erste Ziel der Sicherheitspolitik sein muss. Dies trifft gerade auch für die Schweiz zu, deren Sicherheit aufgrund ihrer Lage im Herzen Europas unentrinnbar mit der gemeinsamen Sicherheit aller europäischen Völker verknüpft ist. Den grössten Beitrag für die eigene Sicherheit leistet sie dann, wenn es ihr gelingt, die gemeinsame Sicherheit der europäischen Staaten zu erhöhen. Daraus ergibt sich die

Notwendigkeit einer Politik des Abbaus der Gefahrenpotentiale...

Statt nur Dämme gegen immer neue und grössere Gefahren zu errichten, ist es notwendig, dass die Schweiz – insbesondere auch in Zusammenarbeit mit anderen neutralen und nicht blockgebundenen Staaten – tatkräftig daran geht, bestehende Gefahren abzubauen und Konflikte zu entschärfen. Dies scheint uns der wirksamste und heute noch zuwenig begangene Weg zu sein, um die Welt tatsächlich sicherer zu machen. Konkret bedeutet dies: Anstrengungen zur Überwindung des Nord-Süd-Konflikts, Mitarbeit bei der Erarbeitung von Abkommen zur Rüstungskontrolle und zur Rüstungsbegrenzung, die Förderung einer Ab- und Umrüstung in Mitteleuropa nach den Prinzipien einer defensiven Verteidigung (als Schritt in Richtung einer weitergehenden Abrüstung), den Einsatz für die Schaffung einer atomwaffenfreien (oder genereller einer offensivwaffenfreien) Zone in Mitteleuropa, die Leistung guter Dienste auch in aussereuropäischen Konflikten usw.

Immer dringlicher werden auch die Begrenzung und der Abbau nicht militärischer Gefahren, wobei in erster Linie an die Verhinderung von technischen Grosskatastrophen und an die Verbesserung des internationalen Umweltschutzes zu denken ist. Die drohende Erwärmung der Erdatmosphäre («Treibhauseffekt») mit ihren verheerenden Folgen verlangt beispielsweise nach konsequenten Gegenmassnahmen, an denen auch die Schweiz mitwirken muss.

Auch die Konfliktspotentiale im Landesinnern – beispielsweise Minderheitenprobleme, Sprachenkonflikte, Konflikte zwi-

schen den Sozialpartnern usw. – sind im Auge zu behalten. Ihre Verringerung bedarf eines andauernden Engagements und einer wachsamen Politik, welche die Probleme an ihrer Wurzel zu lösen versucht. Durch den Einsatz der Armee im Landesinnern, wie er heute noch vorgesehen ist, können solche Konflikte nicht gelöst werden.

... und der Förderung des Friedens auf allen Ebenen

Die aufgezeigte Politik des Abbaus von Spannungen und Gefahren trägt letztlich nur dann bleibende Früchte, wenn sie begleitet und ergänzt wird durch eine Politik der Friedensförderung – sowohl im internationalen als auch im nationalen Bereich. Dazu gehört vor allem das Engagement für die Gerechtigkeit. Denn ohne politische und soziale Gerechtigkeit, ohne Achtung und Förderung der Menschenrechte gibt es höchstens einen Scheinfrieden, der in sich wieder die Wurzeln für gewaltsame Auseinandersetzungen trägt.

Dieser engen Verknüpfung von Gerechtigkeit und Frieden entsprechend (Frieden als «Werk der Gerechtigkeit»), heisst Friedensförderung in erster Linie Einsatz für mehr politische und soziale Gerechtigkeit im eigenen Land wie in den internationalen Beziehungen. Zur Erreichung dieses Ziels bedarf es vermehrter Anstrengungen in der Sozialpolitik, in der Entwicklungspolitik sowie in der Menschenrechtspolitik.

Zwar wird in der Theorie durchaus anerkannt, dass eine aktivere Sozial-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik friedensfördernd wirkt. So bewertete beispielsweise der Bundesrat bereits in der Botschaft zum Entwicklungshilfegesetz (1973) die internationale Entwicklungszusammenarbeit als «Beitrag zu einem universalen Frieden», eine Bewertung, die er 1988 im Bericht über die Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz wiederholte. Doch werden daraus in der politischen Praxis zu wenig Konsequenzen gezogen. Sonst müsste die Schweiz ihre Anstrengungen insbesondere im Bereich der Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik erheblich steigern und dabei auch andere Politikbereiche mit deren Zielen besser in Einklang bringen. Stichworte für eine solche Politik, die den Frieden fördert, sind etwa: Steigerung der Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit, konsequente Ausrichtung der Entwicklungsbemühungen auf die Bedürfnisse der Armen, Stopp der Kapitalflucht aus Entwicklungsländern, Einsatz der Schweiz für eine gerechtere internationale Wirtschafts- und Währungsordnung, Beitritt der Schweiz zu den Menschenrechtspakten der UNO und zu anderen internationalen Menschenrechtsabkommen, Änderung der Ausländer- und Flüchtlingspolitik, Engagement gegen Menschenrechtsverletzungen in anderen Ländern usw.

Neue Prioritäten setzen

Eine umfassende Politik des Abbaus der Gefahrenpotentiale und der Förderung des Friedens, wie wir sie in den beiden letzten Abschnitten dargelegt haben, möchte durch ihren Erfolg dem Krieg die Basis entziehen und so die Armee entbehrlich machen. Wann aber der Zeitpunkt dazu gekommen ist, kann mit guten Gründen unterschiedlich beantwortet werden. Auch die Mitglieder der beiden unterzeichnenden Kommissionen vertreten in diesem Punkt verschiedene Auffassungen. Die einen sehen den Auftrag, schon jetzt oder in naher Zukunft die Armee abzuschaffen, sei es aufgrund einer Güterabwägung, sei es, um ein Zeichen des Reiches Gottes zu setzen. Für andere ist dies noch nicht möglich, sondern erst dann, wenn die Konfliktspotentiale weitgehend abgebaut sind oder die Einsicht sich durchgesetzt hat, dass Kriege nicht mehr führbar sind. Wieder andere stellen weniger die Frage nach der Abschaffung, sondern jene nach der Art und Weise der Verteidigung. Allen gemeinsam ist aber die Überzeugung, dass die Hoffnung auf eine Welt ohne Armeen ein fester und unaufgebbarer Bestandteil des christlichen Glaubens an das Kommen von Gottes Reich ist, das in Jesus Christus bereits angebrochen ist.

Die unterschiedlichen Meinungen widerspiegeln die Komplexität der Problematik. Die Initiative zwingt – wie jede Abstimmung – zu einer Reduktion dieser Komplexität auf einen Ja/Nein-Entscheid, der leicht davon ablenkt, was die beiden Kommissionen als wichtigste Aufgabe sehen: dass die Prioritäten neu gesetzt werden müssen und die schweizerische Politik unverzüglich dazu kommen muss, der aktiven und umfassenden Friedenspolitik einen höheren Stellenwert einzuräumen als bisher. Dies bedeutet selbstverständlich auch, dass für eine solche Politik – beispielsweise für die Verstärkung der Entwicklungszusammenarbeit und die Förderung der Friedensforschung – auch die entsprechenden finanziellen Mittel bereitzustellen sind.

Die Schweiz kann zwar mit allen diesen friedenspolitischen Anstrengungen den Krieg – leider – letztlich nicht verhindern, aber sie kann damit das Bewusstsein verstärken, dass er nicht sein muss und nicht sein darf; sie kann zielgerichtet und bewusst auf alles verzichten, was die Kriegsgefahr erhöht, und so der Hoffnung auf Frieden dienen.

Bern, Mai 1989

Kirche Schweiz

Miteinander für eine Welt einstehen

Christoph und Lisbeth Schwager-Uhlmann, jetzt im Dienste der Pfarrei Härkingen, waren mit ihren Kindern während vier Jahren in der Pastoralarbeit einer Vorstadt-Pfarrei in Lima, Peru, tätig. Dieser Einsatz wurde vermittelt durch die Missionsgesellschaft Bethlehem, Immensee. Die Vorbereitung auf solche Aufgaben übernimmt Interteam, Entwicklungs-Dienst durch Freiwilligen-Einsatz, Luzern:

INTERTEAM

Interteam feiert dieses Jahr das 25-Jahr-Jubiläum. Christoph Schwager vergleicht im folgenden Beitrag die Einsatzerfahrungen mit den Vorstellungen vom Einsatz, die ihn während der Vorbereitungszeit beschäftigten. Da Interteam grossen Wert auf Ökumene legt (rund ein Viertel der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Übersee sind reformierte Christen) und recht viele Fachkräfte im handwerklichen Bereich in Aufbauprojekte vermittelt, wachsen während des Einführungskurses unterschiedliche Menschen zusammen.

Sich für den Dienst mit den Armen vorbereiten

Wenn ich an unseren Vorbereitungskurs zurückdenke, so werden in mir Erfahrungen mit den verschiedenen Menschen wach. Die Persönlichkeit und die Geschichte eines jeden gab dem Kurs seinen speziellen Charakter. Auch wenn unsere Menschen-, Kirchen- und Gotteserfahrungen nicht übereinstimmten, so verband uns doch eine gemeinsame Sehnsucht nach einer gerechten und geschwisterlichen Welt. Wir versuchten, uns darauf vorzubereiten, Menschen anderer Kulturen als Hörende, Beobachtende und Lernende zu begegnen. Nur so kann unser Einsatz ein Beitrag sein, dass die Welt sich von der Ungerechtigkeit zur Gerechtigkeit, vom Krieg zum Frieden und von der Ausbeutung der Armen zur Geschwisterlichkeit entwickelt.

«Erzählt von uns!»

Wie intensiv die vier Jahre unseres Einsatzes waren und was uns während dieser

Zeit bewegte, wurde uns vor allem beim Abschiednehmen bewusst. Die Erfahrung der Armut als Folge der weltweiten Struktur der Ausbeutung und Ungerechtigkeit, die Hoffnung des armen Volkes in seiner ohnmächtigen Lebenssituation, die Herzlichkeit und menschliche Wärme, die uns geschenkt wurden, die spürbare Gegenwart Gottes in der Kirche der Armen – all dies prägte und veränderte uns. Vor allem aber waren es unsere Beziehungen zu Miriam, zu Doña Filomena, zu Felix, zu Carmen und zu vielen anderen Menschen, die unseren Entscheid, in die Schweiz zurückzukehren, erschwerten. Wie uns Interteam seinerzeit auf die Ausreise vorbereitete, so bereitete uns die Basisgemeinde der Pfarrei in Lima auf unsere Rückreise in die Schweiz vor.

Gemeinsam reflektierten wir den Sinn und das Ziel des Einsatzes von Freiwilligen. In einem dieser Gespräche gab uns Julia einen klaren Auftrag mit: «Erzählt von uns, wenn ihr in eure Heimat zurückkehrt. Erzählt von unserer Kultur, von unseren Sorgen, von unseren Freuden und auch davon, wie wir den Glauben an den befreienden Gott leben!»

Mit diesem Auftrag erinnerte uns Julia an den Missionsauftrag Jesu: «Geht hinaus und verkündet das Evangelium!» Das Leben und die Stimme der Armen vertreten heisst Jesu Botschaft und das Reich Gottes verkünden. Wer das Elend des armen Volkes gesehen und miterlebt, wer aber auch die vielen Zeichen der Hoffnung und Solidarität erfahren hat, wird nach seiner Rückkehr in die Schweiz kaum schweigen können!

Geschenke an uns Reiche

Die Eindrücke, die wir als Freiwillige während des Einsatzes machen, sind durch die verschiedenen Einsatzorte geprägt. Die Vielfalt der Erfahrungen aus Asien, Lateinamerika und Afrika bildet einen grossen Reichtum. Ich möchte zwei Beispiele aufführen, die ich als Impuls und Herausforderung für unseren Einsatz in der Schweiz betrachte:

a) Die Verantwortung der Laien

Der Einsatz der Laien in unserer ehemaligen Pfarrei in Lima beschränkte sich nicht auf blosse Mitarbeit. Viele Jugendliche, Frauen und Männer warteten nicht erst auf den «Befehl» der hauptamtlichen Seelsorger und Seelsorgerinnen, sondern fühlten sich dafür verantwortlich, eigene Impulse in das Pfarreileben einzubringen. In guter Erinnerung sind mir vor allem die vielen Versammlungen der Basisgemeinden, die durch ihr Planen und durch ihre Überlegungen wie ein Sauerteig auf die Pfarrei wirkten. Auch die sonntäglichen Gottesdienste, die abwechslungsweise von verschiedenen Gruppen gestaltet wurden, waren Ausdruck der lebendigen Kirche. Wenn viele Christen und Christinnen die Pfarreiseelsorge tragen, ergeben sich mehr Konflikte und Spannungen als bei der Versorgung der Pfarrei durch zwei bis drei Hauptamtliche. Aber gerade aus diesen Konflikten und Spannungen können Leben und Kirchenaufbau wachsen, wenn genügend Raum für die Verarbeitung geschaffen wird.

b) Der Glaube im Prozess der ganzheitlichen Befreiung

Die Bereicherung einiger weniger auf Kosten des armen Volkes ist zu einem politisch-wirtschaftlichen System geworden, das alle erfasst hat. Die Überzeugung, dass die Entwürdigung des armen Volkes auch eine Entwürdigung des Schöpfer-Gottes ist, drängt die Kirche der Armen in Peru zu politischem Handeln. «Gott ist ein Gott der Gerechtigkeit und des Friedens», stand auf einem Transparent geschrieben, das während einer Karfreitagsprozession in unserer Pfarrei getragen wurde. Auch die Texte der Kirchenlieder zeigen den Glauben an den Gott auf, der vor allem durch die Schwachen, Armen und Unterdrückten in die Menschheitsgeschichte befreiend eingreift. Dieser Glaube an den nahen Gott bewirkt, dass sich viele Christen und Christinnen in Peru gemeinsam und solidarisch für den Aufbau des Reiches Gottes im Hier und Heute einsetzen.

Die Erfahrungen mit den Armen verpflichten

Mit den vier Jahren, die wir als Familie in Lima verbrachten, darf unser Einsatz für die *eine* Welt nicht abgeschlossen sein. Zusammen mit anderen Interteamlerinnen und Interteamlern spüren wir, dass unsere Erfahrungen mit den Armen verpflichtend und verbindlich sind. Carlos Alberto Calderón, ein kolumbianischer Priester, der wegen seines Engagements für die Armen in seinem eigenen Land Todesdrohungen erhielt, schreibt in der Jubiläumsausgabe der Interteam-Zeitschrift «Austausch»: «Es genügt nicht, in irgendeine arme Region der Welt zu gehen und dort für die Befreiung der Armen zu arbeiten. Es ist dringend wichtig, dass nach der Rückkehr in die Schweiz am Befreiungsprozess der Reichen gearbeitet wird. Es ist nötig, hier in den Zentren, wo die ausbeuterischen Mechanismen gestärkt werden, eine Präsenz der Befreiung zu leben.»

Christoph Schwager-Uhlmann

Interteam. Entwicklungsdienst durch Freiwilligen-Einsatz

Interteam ist eine Bewegung, die seit 1964 Berufsleute in Entwicklungs- und Pastoralprojekte in Afrika, Asien und Lateinamerika vermittelt. Zurzeit sind ca. 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus verschiedensten Berufen in rund 20 Ländern tätig.

Unsere Partner sind vorwiegend einheimische kirchliche, aber auch staatliche Projektträger in Afrika, Asien und Lateinamerika. Zur Förderung gemeinschaftlichen Bewusstseins und Handelns an der Basis sowie für die berufliche Aus- und Weiterbildung suchen wir Frauen und Männer mit guten Berufskenntnissen.

Gesuchte Berufe: Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen; Fachlehrer für Handwerker- und landwirtschaftliche Schulen; Laientheologinnen und Laientheologen; Katechetinnen und Katecheten; Sekundar- und Mittelschullehrerinnen und -lehrer; Mechaniker, Schreiner, Schlosser, Maurer; Krankenschwestern und -pfleger, Hebammen; Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Heimleiterinnen und Heimleiter; Landwirte, Agronomen, Bäuerinnen.

Einsatzbedingungen: Abgeschlossene Berufsausbildung und mindestens zwei Jahre Berufspraxis; physische und psychische Gesundheit; Bereitschaft zur Vorbereitung und zu einem 3jährigen Einsatz; Offenheit, mit Menschen fremder Kulturen und Solidarität mit Benachteiligten zu leben.

Finanzielle Leistungen: Interteam übernimmt Kosten für Vorbereitungskurs, Hin- und Rückreise inkl. Gepäcktransport, Sozialleistungen, monatliche Sparrücklage, Rückkehrerkurs. Der lokale Arbeitgeber übernimmt Wohnung, Kost und monatliches Taschengeld.

Beiträge: Bund und Fastenopfer der Schweizer Katholiken ermöglichen durch ihre Beiträge die Arbeit von Interteam.

Interteam-Ehemalige: Ihre Zahl beträgt über 1000. Viele dieser Frauen und Männer engagieren sich auch in der Schweiz für entwicklunspolitische, soziale, ökologische sowie kirchliche und ökumenische Anliegen.

Adresse: Interteam. Entwicklungsdienst durch Freiwilligen-Einstz, Untergeissenstein 10/12, 6000 Luzern 12, Telefon 041 - 44 67 22.

Solidarität durch medizinische Zusammenarbeit

Eine über 60jährige Tradition verbindet uns mit Menschen in der südlichen Hemisphäre und mit der hiesigen Kirche. In vielen Pfarrgemeinden ist der Schweizerische Katholische Missionsärztliche Verein bestens bekannt. Im Sinne einer Patenschaft begleiten einzelne Pfarreien seit Jahren Projekte an unsern Einsatzorten. Immer wieder lassen sich Pfarreien ansprechen, durch uns vermittelte finanzielle Anliegen unserer afrikanischen Partner vom Projektservice des Fastenopfers aufzunehmen. Sicher auch im Namen der Empfänger dürfen wir hier danken für den grossen Einsatz so vieler.

In der Projektliste 1989 des Projektservices erscheinen wir als SolidarMed, ehemals SKMV.

SOLIDAR MED

ist unser neues Erscheinungsbild. Wir verstehen uns als Christlichen Dienst für medizinische Zusammenarbeit. In der *tätigen Ökumene* brauchen wir nicht auf die theologische Harmonisierung zu warten, und im Blick auf die Armen und Kranken erscheint die abendländische Kirchenspaltung mehr als zweitrangig. An Gesundheitsinstitutionen in 4 afrikanischen Ländern (Kamerun, Lesotho, Tanzania und Zimbabwe) vermitteln wir regelmässig Ärzte und Ärztinnen. Unsere Partner sind meist Lokalkirchen, in deren Auftrag wir medizinisches Fachpersonal rekrutieren. Die Arbeitsverträge werden heute ausschliesslich von afrikanischen Verantwortlichen abgeschlossen. Wie die abendländische Kirche mit überseeischen Missionen stets mehr zu einer *geschwisterlichen Gemeinschaft untereinander solidarischen Lokalkirchen* werden sollte, so möchten auch wir nicht mehr Missionsärzte aussenden, sondern einen Rekrutierungsdienst für unsere Partner leisten, solange dies für sie nötig ist. Als Organisation unterstützen wir neben kurativen Diensten besonders auch Basisgesundheitsprogramme und Ausbildungsmöglichkeiten für einheimisches medizinisches Personal.

Überall in Afrika bestehen nationale Gesundheitsprogramme. Doch finanziell werden die kirchlich getragenen Gesundheitsdienste in einzelnen Ländern sehr dürftig durch öffentliche Mittel unterstützt, und dies obwohl im afrikanischen Durchschnitt *rund die Hälfte aller Dienste im Gesundheitswesen von nichtstaatlichen (meist kirchlichen) Trägern* angeboten werden. Durch die abnehmende Zahl von Missionaren aus Industrieländern versiegen stets mehr auch die mit ihnen einfliessenden Quellen. Gerade am Beispiel Lesothos haben wir hautnah erfahren müssen, dass eine neue Solidarität zwischen begüterten westlichen und teils bitterarmen afrikanischen Lokalkirchen nötig wird. Angesichts der Tatsache, dass ein namhafter Teil der Lesotho-Bevölkerung aus Armut keinen adäquaten Zugang zu Gesundheitsdiensten hat, haben wir das bisher vertretene Prinzip (möglichst keine laufenden Kosten zu übernehmen) über Bord geworfen und zusammen mit den Spitalträgern uns für eine Defizitdeckung in Form eines Fonds für bedürftige Kranke verpflichtet. Sozialhilfen bestehen ja keine, so dass Krankheit der Ruin für eine Familie sein kann.

Längerfristig müssen sich aber auch *ungerechte Strukturen ändern,* wie dies in der Sozialenzyklika Johannes Pauls II. angesprochen ist. Solidarität muss die Antwort auf das Elend von Millionen sein. Auch wenn «Solidarität» kein Begriff der Wirtschaftsmechanismen ist, müsste sie als eine Ethik-Spritze zum Beispiel die Terms of Trade oder die Verschuldung sanieren helfen. Wir hoffen sehnlich, dass der *konziliare Prozess* von Basel in möglichst vielen Herzen etwas auslösen wird. Wir selbst möchten in Zukunft neben unserer Alltagsarbeit vermehrt auch an die schweizerische Öffentlichkeit treten. Um unsern Dienst besser erfüllen zu können, möchten wir unsere Mitgliederbasis verbreitern, mehr Ärzte und Ärztinnen für einen Einsatz gewinnen und vermehrt auch Dolmetscher der Anliegen unserer Partner in den hiesigen Kontext hinein sein.

So führte der Weg von der Entwicklungshilfe zur Entwicklungszusammenarbeit und mündet stets deutlicher in der Entwicklung durch Engagement für Gerechtigkeit. Bei all dem sind wir Europäer beileibe nicht nur Gebende. Die Mehrzahl unserer Rückkehrer bringt die *bereichernde Erfahrung eines anderen Lebens* in ihre europäische Umgebung mit. Dies ist – so meinen wir – die Erfahrung einer nicht primär problem-, leistungs-, material- und karriere-, sondern lebensorientierten Sicht. Die Erfahrung eines materiell einfacheren Lebens, das nicht ständig durch tausend Nichtigkeiten durchfurcht ist, wird hier und dort in den kleinen Alltag eingehen: Zeit haben, zuhören können. Solche Impulse aus dem «schwarzen» Kontinent könnten recht heilsam sein. Will nicht gerade auch der konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung uns mehr zu uns, unserer Mit- und Umwelt führen und von den vielen Schattierungen unseliger Macht- und Habgier befreien? Der Nord-Süd-Dialog mit Transfer von Know-How und materiellen Gütern in der einen, Rohstoffen und spirituellen Werten in der andern Richtung, wird – so betrachtet – zu einem not-wendenden Muss für beide Seiten. Mag sein, dass dies idealistische Träumereien sind, doch bedürfen manchmal die Erfahrungen von Elend eines Gegengewichts. SolidarMed[1] möchte sich handelnd dieser Herausforderung in einem kleinen Bereich stellen. *Josef Jeker*

[1] SolidarMed. Christlicher Dienst für medizinische Zusammenarbeit, Untergeissenstein 10/12, Postfach 1, 6000 Luzern 12, Telefon 041 - 44 66 67, Postcheckkonto 60-1433-9.

Hinweise

Umweltgerechte Beschaffung in Grosshaushalten

Unter dem Patronat des Bundesamtes für Umweltschutz (BUWAL) veranstaltet das Zentrum für Umweltberatung (ZUB), Basel, am 13. September 1989 in Bern eine Tagung zu «Umweltgerechte Beschaffung in Grosshaushalten». Zu dieser Tagung eingeladen werden Gemeinden und Kantone, Industrie und Gewerbe, aber auch kirchliche Institutionen. Die besondere Einladung an kirchliche Institutionen begründet Peter Polanyi, dipl. Chem. und wissenschaftlicher Mitarbeiter des ZUB, mit folgenden Überlegungen: «Die Kirche zählen wir mit ihrer Infrastruktur wie den Staat und die Privatwirtschaft zu den Grosshaushalten.

Bei diesen werden im Bürobereich, wie auch in den Bereichen des Hoch- und Tiefbaus, der zentralen Wäschereien, der Werkhöfe, der Spitäler, der Grünanlagen, Schulhäuser und Tagungszentren grosse Mengen an Materialien gebraucht und verbraucht, die die Umwelt im hohen Mass belasten können.

Heute existieren bereits gut bewährte, durchaus praktikable Alternativen, was die ökotoxikologische Verträglichkeit, aber auch anwenderfreundliche Verwendbarkeit von Produkten betrifft. Die Verwaltungen von Kirche, Staat und Privatwirtschaft können durch ihre vermehrten Bemühungen um einen praktischen, alltäglichen Umweltschutz durch den Einsatz umweltfreundlicherer Produkte eine Vorbildfunktion übernehmen, deren Wirkung auch auf private Kreise nicht unterschätzt werden darf.

Es gilt allerdings professionelles Wissen und spezifische Erfahrungen als Hilfe beizuziehen, um ein seriöses Konzept mit dem Ziel auszuarbeiten, die angewendeten Produkte unter die ökologische Lupe zu nehmen, die Strukturen und Bedürfnisse der Anwender zu erforschen und Alternativen vorzuschlagen. Es ist auch auf eine Ausbildung und Begleitung der Anwender zu achten, da der Erfolg einer Produkteumstellung nicht unerheblich von der Motivation der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abhängt.»

Tagungsunterlagen und Anmeldecoupon können angefordert werden vom: Zentrum für Umweltberatung (ZUB), Steinentorstrasse 14, 4051 Basel. *Redaktion*

Amtlicher Teil

Für alle Bistümer

Neue Dienststelle der Fidei-Donum-Priester

Am 1. Juli dieses Jahres wird der 78jährige Pater *Karl Hüppi* SMB in ein wohlverdientes Otium übertreten. Er hat unserer Dienststelle seit 1973 als liebenswürdiger und versierter Leiter vorgestanden. Er hat nicht nur administriert. In der Nähe und auf Distanz hat er sich mit jedem unserer Fidei-Donum-Priester im Herzen identifiziert und das Wohl und Wehe miterlebt. Seine Rundbriefe und eine riesige persönliche Korrespondenz trugen den Stempel echter Brüderlichkeit und aufopfernder Hingabe. Das Fidei-Donum-Direktorium hat in seiner letzten Sitzung vom 17. April seine Verdienste gewürdigt und verdankt. Deus ipse suppleat quod deficit in gratitudine.

Zum neuen Leiter der Dienststelle wählte das Direktorium einstimmig Pater *Josef Kaiser* SMB, Immensee. Er ist 1932 in Dussnang (TG) geboren, absolvierte das Gymnasium in Immensee und erhielt die theologische Ausbildung in Schöneck. 1958 wurde er zum Priester geweiht. Nach 6jährigem Missionseinsatz in Rhodesien wurde er Novizenmeister (1964–1974) und Regionaloberer (1974–1981). 1981–1988 bekleidete er das Amt eines Generalvikars in Immensee. Wir sind glücklich, dass Pater Kaiser seine grossen Erfahrungen mit missionarischem Eifer uns zur Verfügung stellt.

Der Standort der Fidei-Donum-Dienststelle wird ab 1. Juli das Missionshaus Immensee sein (Telefon 041 - 81 51 81). Die vorhandenen Räumlichkeiten und eine ausgebaute Infrastruktur kommen uns sehr zugute. Mit dem Dank an das Missionshaus für die gütige Aufnahme verbinden wir zugleich unser aufrichtiges «Vergelt's Gott» an das Mutterhaus der Schwestern vom Hl. Kreuz in Ingenbohl, wo wir seit 16 Jahren ein grosszügiges Gastrecht beanspruchen durften.

Das Direktorium der Fidei-Donum-Priester, das im Namen der Schweizer Bischofskonferenz die zurzeit bis 60 Diözesanpriester betreut und sich für sie verantwortlich weiss, setzt sich wie folgt zusammen.

6 Vertreter der Diözesen:
Basel: Hermann Schüepp, Solothurn.
Chur: Dr. Karl Schuler, Affoltern a. A.
Fribourg: Jacque de Boccard, Bourguillon.
St. Gallen: Paul Schneider, St. Gallen.
Sion: Norbert Brunner, Sitten.
Lugano: Gianpaolo Patelli, Ponte Tresa.

3 Vertreter der Missionsinstitute:
P. Ernst Boos SMB, Immensee; P. Beat Furrer OFMCap, Olten; P. Simon Ziehlmann OSB, Uznach.

3 Vertreter der ehemaligen Fidei-Donum-Priester:
Msgr. Patrick Hungerbühler, Alterswil; Franz Rosenberg, Bern; Paul Engeler, Wallbach.

Den zurückgetretenen Herren Linus Looser, Oberhelfenschwil, P. Hesso Glutz OSB, Engelberg, und Pierre Vuichard, Genf, danken wir für jahrelange Mitarbeit.

Die Fidei-Donum-Dienststelle ist so eine Art Heimat-Prokur für die uns anvertrauten Priester im Missionseinsatz. Wir sorgen für ihre persönliche Sicherstellung bis zur Rückkehr, nehmen ihre Anliegen auf, unterstützen sie weitmöglichst mit finanziellen Beiträgen und fühlen uns mit ihnen in Gebet und hl. Opfer verbunden. Aber nicht nur wir! *Ihre* Treue ermöglicht uns den Beitrag zur Ausbreitung des Gottesreiches.

Paul Schneider, Generalvikar
Präsident des Direktoriums

Der Schweizerische Evangelische Kirchenbund und die Schweizer Bischofskonferenz fordern von der israelischen Regierung die Respektierung der Menschenrechte in den besetzten Gebieten

Der Vorstand des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes und das Präsidium der Schweizer Bischofskonferenz sind tief beunruhigt über die Lage in den von Israel besetzten Gebieten. Sie verweisen auf den jüngsten Appell der christlichen Kirchenführer Jerusalems. In diesem Appell beklagen die Vertreter von neun christlichen Kirchen die anhaltende Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung und das brutale Vorgehen israelischer Soldaten selbst gegen Kinder. Sie fordern die israelische Regierung auf, die Menschenrechte in den besetzten Gebieten wieder in Kraft zu setzen sowie die seit 16 Monaten geschlossenen Schulen und Universitäten wieder zu öffnen.

Der Vorstand des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes und das Präsidium der Schweizer Bischofskonferenz sind sich der schwierigen Lage in den besetzten Gebieten bewusst. Sie wünschen dem Staat Israel und seiner Bevölkerung eine sichere Zukunft. Doch fordern das Zeugnis der christlichen Kirchenführer Jerusalems und das Ausmass der auch von Amnesty International und IKRK bestätigten Menschenrechtsverletzungen entschiedene Schritte zugunsten der palästinensischen Bevölkerung.

Für die Bistümer der deutschsprachigen Schweiz

Ministranten-Pastoral (DAMP)

- *Ministranten-Lager* (Ministrantenleiterkurs) vom 30. Juli bis 5. August 1989 in Eischoll (VS). Angesprochen sind Ministranten/-innen von 15 bis 18 Jahren (Jahrgänge 1971–1974). Kosten Fr. 120.– (ohne Reise!). Programm und Anmeldung beim Liturgischen Institut Zürich, Telefon 01 - 201 11 46.

- *Grundkurs I* für Ministranten: Der nächste Kurs findet am 21./22. Oktober 1989 in Zug statt. Unterlagen werden allen Pfarrämtern zugestellt.

- *Ministranten-Spiel «Kirchenjahr»:* Unter diesem Namen hat die DAMP (Deutschschweizerische Arbeitsgruppe für Ministrantenpastoral) ein lustiges und lehrreiches Spiel für Ministrantengruppen erarbeitet. Spielerisch sollen Aufgaben, Kirchenjahr und liturgische Abläufe für Ministranten erlernt werden. Das Würfelspiel kostet Fr. 28.– und kann bei der IKB, Hofackerstrasse 19, 8032 Zürich, Telefon 01 - 53 88 87, oder beim katholischen Pfarramt, 8570 Weinfelden, bestellt werden (Auslieferung ab ca. Ende Juli).

Für die DAMP:
Theo Scherrer, Pfarrer, Weinfelden

Bistum Basel

Wahlen und Ernennungen

Martin Beutler, bisher Pfarrer von Kriegstetten (SO), zum Kaplan der Päpstlichen Schweizergarde in Rom (Amtsantritt 20. September 1989)

Anton Studer, bisher Pfarrer von Bremgarten (AG), zum Chorherrn des Kollegiat-Stiftes St. Leodegar in Luzern und zum Kaplan der Kaplanei St. Peter Luzern (Amtsantritt 15. November 1989).

Stellenausschreibung

Die vakante Pfarrstelle von *Bremgarten* (AG) wird zur Wiederbesetzung ausgeschrieben. Interessenten melden sich bis zum 13. Juni 1989 beim diözesanen Personalamt, Baselstrasse 58, 4501 Solothurn.

Institutio

Am Montag, 22. Mai 1989, nahm Weihbischof Martin Gächter in der St.-Johannes-Kapelle im Haus Steinbrugg in Solothurn durch die *Institutio* in den Dienst des Bistums Basel als Pastoralassistenten und Pastoralassistentin auf:

Jörg Gerber, von Alvaneu (GR) in Reiden,

Georg Umbricht, von Untersiggenthal in Emmen,

Luzia Hauser, von Burladingen (BRD) in Romanshorn.

Bischöfliche Kanzlei

Priesterrat und Rat der Diakone und Laientheologen/-innen

An der Sitzung vom 13./14. Juni 1989 werden unter anderem behandelt:

1. Mögliche Wohnformen hauptamtlicher Seelsorger/-innen (Erfahrungsberichte zu den häufigsten Wohnformen, zum Beispiel mit Haushälterin, mit Mitarbeitern/-innen; Vor- und Nachteile für die Seelsorger/-innen und für die Pfarrei).

2. Geschiedenenpastoral (Stellungnahme zu einem Vorschlag: Hinweise für die Begleitung Geschiedener zuhanden der Seelsorger/-innen, zum Beispiel Fragen für pastorale Gespräche; Empfehlung der Tagungen für Geschiedene).

3. Kirchliche Trauungen im Bistum Basel (Schwierigkeiten für Priester und Diakone bei zu häufigen Anfragen, kirchliche Trauungen am Wochenende zu leiten; Lösungsmöglichkeiten wie zum Beispiel: sich nur für Trauungen in der eigenen Pfarrei zur Verfügung stellen).

4. Abgrenzung der Tätigkeiten zwischen Pastoralassistenten/-innen, hauptamtlichen Katecheten/-innen und weitern Laienseelsorgern (Probleme und Entwicklung).

5. Begegnung mit Weihbischof Joseph Candolfi, Präsident der Schweizer Bischofskonferenz (unter anderem Erfahrungsaustausch über die Europäische Ökumenische Versammlung «Frieden in Gerechtigkeit» in Basel).

Anregungen sind zu richten an die Mitglieder der Räte oder an das Pastoralamt des Bistums Basel, 4501 Solothurn.

Bischofsvikar *Max Hofer*
Vorsitzender der Räte

Bistum Chur

Im Herrn verschieden

Bideller Ephrem, i. R., Ilanz

Der Verstorbene wurde am 26. März 1904 in Winterthur geboren und am 7. Juli 1929 in Chur zum Priester geweiht. Er war tätig als Pfarrhelfer in Isenthal (1931–1931), als Pfarrhelfer in Unterschächen (1931–1935) als Pfarr-Rektor in Mettmenstetten (1935–1941), als Pfarrer in Rona (1941–1944), als Pfarrer in Schlans (1944–1948), als Professor am Kollegium Schwyz (1948–1956), als Professor am Kollegium Altdorf (1956–1959) sowie als Lehrer und Spiritual in Löwenberg/Schleuis (1959–1973). Er starb am 6. Mai 1989 im Institut St. Joseph in Ilanz und wurde am 9. Mai 1989 in Ilanz beerdigt.

Bistum St. Gallen

Priesterweihe

Am Sonntag, den 30. April, weihte Bischof Otmar Mäder den Diakon *Guido Scherrer* von Bütschwil in der St.-Kilians-Kirche seiner Heimatgemeinde zum Priester.

Demissionen vom Pfarramt

Kanonikus *Joseph Hug* in Goldingen hat wegen geschwächter Gesundheit auf Anfang Mai seine Demission eingereicht. Er wird als Resignat in Goldingen bleiben. Als Administrator für die Vakanzzeit amtet der Benefiziat von Wagen, Max Zeller.

Ab Mitte Mai zieht sich Pfarrer *Isidor Bischof* von St. Gallenkappel als Resignat ins dortige Altersheim zurück. Die pfarramtliche Zuständigkeit liegt in den Händen von Dekan Hans Ricklin, Kempraten. Als Koordinator wirkt Pastoralassistent Hans Hüppi.

Die Demission von Kanonikus *Franz Bischof,* Schmerikon, liegt auf Mitte Juli vor. Er wird ab 23. Juli die Pfarrei Bollingen als Administrator und Resignat betreuen.

Stellenausschreibungen

Die drei oben erwähnten Pfarreien *Goldingen,*
St. Gallenkappel und
Schmerikon werden hiemit zur Wiederbesetzung ausgeschrieben. Interessenten melden sich bis zum 24. Juni beim Personalamt, Klosterhof 6b, 9000 St. Gallen.

Bistum Lausanne, Genf und Freiburg

Ernennung

Diözesanbischof Dr. Pierre Mamie ernennt den bisherigen Vikar von Gurmels, *Hubert Vonlanthen,* zum Pfarrer von Giffers-St. Silvester. Amtsantritt im August 1989.

Weihen

Priesterweihen

Am 13. Mai 1989 in Orsonnens durch Bischof Pierre Mamie: Fr. *Stanislas Le Trung Thanh* O.Cist., Fr. *Joseph Ngo Van Truyen* O.Cist.

Am 20. Mai 1989 in Genf durch Weihbischof Amédée Grab: Fr. *Jean d'Ephèse Casanova* F.J., Fr. *François-Maximilien De Cambourg* F.J.

Am 25. Juni 1989 in Tafers durch Weihbischof Gabriel Bullet: Fr. *Donat Oberson* CSsR.

Am 2. Juli 1989 in St-Jodard durch Kardinal Albert Décourtray: Fr. *Benoît-Emmanuel Peltereau-Villeneuve* F.J.

Diakonsweihen

Am 21. April 1989 in Freiburg durch Bischof Pierre Raffin: Fr. *Stephen Craig Titus* O.P., Fr. *Philippe-André Holzer* O.P., Fr. *Gilles Emery* O.P., Fr. *Philippe de Roten* O.P.

Am 25. Juni 1989 in Genf durch Weihbischof Amédée Grab: *José Fernandez* (Ständiger Diakon).

Verstorbene

Eugen Belser, Chorherr, Beromünster

Im schmucken Pfrundhaus «Lütishoferhof» am Bärengraben kehrte am 26. Mai 1988 der Senior des Kollegiatstiftes St. Michael, Chorherr Eugen Belser, zu seinem Schöpfer heim. Der Tod trat als Erlöser an dieses priesterliche Krankenlager, und er erreichte den betagten Kanonikus wohlvorbereitet.

Eugen Belser wurde als jüngstes von 10 Kindern am 22. April 1900 der Bauernfamilie Heinrich und Marie Belser-Stierli in Berikon (AG) geschenkt. In seinem zehnten Lebensjahr übernahm die Familie einen Hof in Risch (ZG), wo Eugen die Schulen durchlief und zunächst wacker auf dem elterlichen Betrieb mitarbeitete. Erst mit 19 Jahren zog er ans Gymnasium der Benediktiner in Einsiedeln und schloss 1926 mit der Matura ab. Inzwischen war die Berufung zum Priesterstand gereift. Eugen trat ins Seminar St. Beat in Luzern ein und wurde am 5. Juli 1931 durch Bischof Josephus Ambühl geweiht, worauf er in Weggis die Primiz feierte.

In seiner Seelsorgetätigkeit diente er zunächst während 10 Jahren als Vikar, unter Dekan Robert Müller, an der Franziskanerkirche in Luzern. Auf Wunsch des Bischofs trat er am ersten Adventssonntag des Jahres 1941 den Posten eines Pfarrers im «Stumpendorf» Pfeffikon, am Abhang des Sterenberges, an. An die 30 Jahre diente er mit Eifer und Hingabe seiner Pfarrei, erteilte Unterricht und leistete auch in der nahen Aargauer Diaspora wertvolle Aushilfe. Pfarrkirche, Beinhauskapelle und Pfarrhaus wurden mustergültig renoviert. Seine Confratres schätzten sein frohes Gemüt, reisten gerne mit diesem humorvollen Mitbruder in die Ferne, klopften zusammen so manch gemütlichen Jass und pafften dabei – wie könnte es anders sein – die würzigen Villiger-Stumpen.

Bis zum 70. Altersjahr hielt er tapfer aus. Dann liess er sich als Chorherr im nahen Beromünster installieren. Bis in die letzten Monate traf man ihn pünktlich im Gottesdienst und im Chorgebet. Man begegnete Chorherr Belser so oft auf seinen Spaziergängen, immer treu begleitet von seinem zappeligen Rehpinscherhündchen. Er wusste seinen verdienten Lebensabend, bei Gebet und Betrachtung, sinnvoll als Vorbereitung zu seinem letzten Gang zu nutzen. Nun fanden seine sterblichen Überreste im Vorzeichen der Stiftskirche die letzte irdische Ruhe. Das Andenken lebt weiter bei allen, die in schätzten und ehrten. Der ewige Hohepriester möge seinem treuen Diener alles vergelten, was er in diesem Leben für ihn, in der Kirche und für die Kirche gearbeitet und gelitten hat. Requiescat in pace! *Heinrich Suter*

Neue Bücher

Chinas Katholiken suchen neue Wege

So lautet der Titel eines im Herder-Verlag erschienenen Buches.[1] Der Sinologe R. Malek SVD und der Chefredaktor der Zeitschrift «Christ in der Gegenwart», M. Plate, beide fundierte China-Kenner, haben es sich zur Aufgabe gemacht, dem interessierten Leser fachlich fundierte, engagierte und breit angelegte Grunddaten und Informationen über die heutige katholische Kirche in der Volksrepublik China (VRC) zusammenzutragen. Dieses Vorhaben ist ihnen mit diesem wichtigen Werk bestens gelungen.

R. Malek und M. Plate gliedern das Buch in vier grössere Sektoren mit jeweils mehreren Artikeln. Der rote Faden, der die einzelnen Beiträge durchzieht, ist die Absicht, trotz oft verschiedener Meinungen die religiöse Situation im heutigen nachmaoistischen China, die durch Einzelberichte bereits da und dort mosaikartig vorlag, in einer auf kritischer Grundlage beruhenden Gesamtschau darzustellen. Ein indirektes Ziel des Buches ist es sicher auch, die kirchliche und theologische Reflexion und Diskussion unter einer breiteren Leserschaft anzuregen, schwesterliche und brüderliche Bande mit Katholiken in der VRC zu knüpfen und die gemeinsame Verantwortung hervorzuheben.

Aus europäischer Sicht

In einem ersten Kapitel, *«eine problematische Situation»,* nehmen M. Plate und R. Malek sozusagen vom westlichen Standpunkt aus Stellung. Sie wollen dem Leser einen grundsätzlichen Einstieg in Thematik, Situation und Struktur der katholischen Kirche in der VCR ermöglichen: Auseinandersetzungen mit west-östlicher «Ideologie» und Standpunkten; eine schwierige und auf weiten Strecken immer noch nicht bewältigte Missionsgeschichte und die Geschichte der katholischen Kirche in der VRC seit 1949. Letztere unterteilt R. Malek in fünf Phasen:

- eine Kirche der Prüfung (1949–1958),
- eine preisgegebene und unterdrückte Kirche (1958–1966),
- die Kirche im Leiden und Sterben (1966–1976),
- die Kirche in der Kraft und Auferstehung (1976–1980),
- die Bewährung der Kirche im geistigen Kampfe (seit 1980).

Dabei werden viele Fragen gestellt, heilsame Fragen auch an uns westlich geprägte Christen, die einer ehrlichen Antwort bedürfen, weil wir Christen im Westen und nicht zuletzt die «Ostpolitik des Vatikans» am heutigen «schweren Kreuzweg» der Katholiken wesentlich mitgebaut haben. Worte und Ant-*worten* allein, mögen sie auch noch so ehrlich gemeint sein, genügen aber heute nicht mehr. Diesen Worten müssen mutige Taten folgen, Taten, die es den Katholiken in der VRC hier und heute ermöglichen, ihren eigenen Weg zu suchen und zu gehen. «Und unsere Kirche, ‹eine Kirche, die an das Wirken des Geistes glaubt, kann einer Kirche des Schweigens und auferlegten Sprachregelungen, einer Kirche des Leidens und der Armut, einer Kirche der gebundenen Hände, die dennoch – durch alle Zwielichtigkeit hindurch – bis an den Rand des Möglichen zum Evangelium und zu den in der katholischen Kirche gewachsenen Traditionen zu leben versucht, auf die Dauer die Anerkennung nicht versagen, soll nicht der ganze Liebesbund der Kirche Schaden leiden› .» [2]

Aus chinesischer Sicht

Im zweiten Kapitel, *«Glaube und Kirche von China aus gesehen»,* ist es vor allem Weihbischof Aloysius Jin Luxian SJ von Schanghai, der zu Worte kommt. Aufgenommen ist hier das Interview, übertitelt «Wir erwarten eine Geste des Papstes» – die bis heute leider immer noch ausgeblieben ist! –, das Bischof Jin im Mai 1986 während seiner Deutschlandreise dem Asienreferenten G. Evers, Missio Aachen, gewährte. In diesem Interview erfährt der aufmerksame Leser in und zwischen den Zeilen eine Menge informativer Aussagen über die konkrete Situation der Katholiken in der VCR und auch, was diese von uns und dem Vatikan erwarten!

Dann folgt der vielbeachtete Vortrag «Jede Ortskirche soll ihr Schicksal selber bestimmen können», den Bischof Jin auf dieser Deutschlandreise 1986 an mehreren Orten gehalten hat. Hier werden wichtige Äusserungen über das Verhältnis «Ortskirche und Universalkirche», konkret über die Beziehung chinesischer Katholiken zur katholischen Kirche gemacht. Diese seine Sicht müsste von allen ehrlich Dialog-Suchenden sehr ernst genommen werden. Sie dürfte aber darüber hinaus gerade in der heutigen Zeit in zunehmendem Masse auch die jungen Kirchen in der Dritten Welt brennend interessieren.

Weltkirche in Ortskirchen

Der dritte Teil des Buches, *«Theologische Stellungnahmen»,* enthält zwei Beiträge, sozusagen aus «westlicher» und «östlicher» bzw. taiwanesischer Sicht. Der erste stammt aus der Feder

Die Mitarbeiter dieser Nummer

Peter Baumann, lic. phil., Ostasienreferent, Missionshaus, 6405 Immensee

Dr. P. Leo Ettlin OSB, Kollegium, 6060 Sarnen

Dr. Josef Jeker, Arzt, c/o SolidarMed, Postfach 1, 6000 Luzern 12

Christoph Schwager-Uhlmann, Pfarrhaus, 4624 Härkingen

Heinrich Suter, Rektor, 6215 Beromünster

Schweizerische Kirchenzeitung

Erscheint jeden Donnerstag

Fragen der Theologie und Seelsorge.
Amtliches Organ der Bistümer Basel, Chur, St. Gallen, Lausanne-Genf-Freiburg und Sitten.

Hauptredaktor
Rolf Weibel, Dr. theol.
Frankenstrasse 7–9, Postfach 4141
6002 Luzern, Telefon 041 - 23 50 15

Mitredaktoren
Kurt Koch, Dr. theol., Lehrbeauftragter
St.-Leodegar-Strasse 4, 6006 Luzern
Telefon 041 - 51 47 55
Franz Stampfli, Domherr
Bachtelstrasse 47, 8810 Horgen
Telefon 01 - 725 25 35
Josef Wick, lic. theol., Pfarrer
Rosenweg, 9410 Heiden, Telefon 071 - 91 17 53

Verlag, Administration, Inserate
Raeber Druck AG, Frankenstrasse 7–9
Briefadresse: Postfach 4141, 6002 Luzern
Telefon 041 - 23 07 27, Postcheck 60-16201-4

Abonnementspreise
Jährlich Schweiz: Fr. 80.–;
Ausland Fr. 80.– plus Versandgebühren (Land/See- oder Luftpost).
Studentenabonnement Schweiz: Fr. 53.–.
Einzelnummer: Fr. 2.– plus Porto.

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Nicht angeforderte Besprechungsexemplare werden nicht zurückgesandt.

Redaktionsschluss und Schluss der Inseratenannahme: Montag, Arbeitsbeginn.

des Bonner Fundamentaltheologen und Asienkenners Hans Waldenfels SJ. Er trägt den Titel «Universalität und Partikularität der Kirche - Fallbeispiel China». Waldenfels nimmt hier direkt Bezug auf Jins Aussagen. Vor dem Hintergrund des II. Vatikanischen Konzils legt Waldenfels dar, dass die chinesische Kirche das Beispiel par excellence ist, um aufzuzeigen, welche gesamtkirchlichen Folgerungen im Dialog der Weltkirche mit den Ortskirchen notwendig sind. Mit einem Seitenhieb auf römische Rechtsstrukturen stellt Waldenfels gegen Schluss fest: «Eine Kirche, die sich immer deutlicher zur *Welt*kirche fortentwickelt, bedarf eines Rechts, das dem *Welt*charakter der Kirche mit allen für eine legitime Entfaltung kirchlicher Verwirklichungsweisen erforderlichen Frei- und Spielräumen Rechnung trägt ... Einer Kirche, die sich als Communio fidelium, das heisst als Gemeinschaft von Christusgläubigen, versteht, sollte es im übrigen nicht schwer fallen, an das Wirken des göttlichen Geistes vertrauensvoll mehr zu glauben, als auf die eigene Vorsorge und das eigene Tun zu setzen.» [3] Dass es im Blick auf die Kirche Chinas in unserer Kirche nicht nur Brückenbauer - «Pontifices» - gebe, sondern auch solche, die selbst die wenigen schwankenden Stege, die es immer wieder gebe, zu *zerstören* bereit seien, sei eine schmerzliche Tatsache, die der Glaubwürdigkeit der Kirche abträglich sei.

Der Jesuit Zhang Chunshen aus Taiwan überschreibt seinen Beitrag «Der Dienst des Papstes und die Communio der katholischen Kirche». Er geht auf die dogmatisch umstrittene Frage ein, wie sich Papsttum und Bischofsamt, Universalkirche und Ortskirche zueinander verhalten.

Weiterführende Anregungen

Im vierten und letzten Kapitel findet der Leser eine umfangreiche und zum Verständnis des Ganzen wertvolle Dokumentation:

- Äusserungen Papst Johannes Pauls II. über die chinesische Kirche,
- Ausschnitte aus Hirtenbriefen der Bischöfe in Taiwan zur «Chinafrage»,
- Deutsche China-Initiativen,
- Neuere deutsche Literatur über die katholische Kirche in China: Eine Bibliographie. Diese ist aufgeteilt nach Schwerpunkten wie: Nachschlagewerke, allgemeine Geschichte der katholischen Kirche, chinesische Theologie, Dialog mit chinesischen Kulturen und Religionen. Auf viele dieser Bücher wird im Text der vorausgehenden Artikel im Zusammenhang mit bestimmten Aussagen und Aspekten hingewiesen, was beim Studium von Einzelfragen besonders hilfreich ist und den Leser hoffentlich stimuliert, sich weiter damit auseinanderzusetzen.

Etwas zu kurz gekommen scheint mir die Sicht der sogenannten «romtreuen» Katholiken. Vielleicht steckt dahinter wohlweisliche Absicht. Es sei aber erwähnt, dass in Fussnoten doch das eine oder andere «mitschwingt». Für den weniger kundigen China-Interessierten wären eine Chinakarte und eine Zeittabelle der verschiedenen Dynastien wertvoll gewesen. Den Herausgebern und dem Verlag gebührt aber der Dank für diese Zusammenstellung wichtiger «China-Artikel» der allerletzten Jahre.

China-Reisenden, Theologie-Studenten, Theologen, einfachen China-interessierten Katholiken wie auch China-Kennern sei dieses Buch bestens empfohlen; aber auch all jenen, welchen die Anliegen der Versöhnung, «Schuldabtragung» und des Dialoges am Herzen liegen. Denn «die Kirche Chinas ist eine Herausforderung unseres Glaubens. Sie erfordert Kühnheit und Gelassenheit zugleich, einsatzbereites Handeln, wo wir handeln können und zu handeln aufgerufen sind, aber auch gelassenes Abwarten, wo wir als Menschen dem Herrn der Zeiten und der Geschichte nicht in den Arm fallen dürfen.» [4]

Peter Baumann

[1] Chinas Katholiken suchen neue Wege. Hrsg. von Roman Malek und Manfred Plate. Mit einem Vorwort von Bischof Georg Moser, Herder-Verlag, Freiburg i. Br. 1987, 192 Seiten.

[2] Ein Zitat von Hans Waldenfels, zitiert auf Seite 68.

[3] AaO., Seite 119 f.

[4] H. Waldenfels, Seite 120.

Mystik

Josef Sudbrack, Mystik. Selbsterfahrung - Kosmische Erfahrung - Gotteserfahrung. Reihe Unterscheidung - Christliche Orientierung im religiösen Pluralismus. Herausgegeben von Reinhart Hummel und Josef Sudbrack, Matthias-Grünewald-Verlag und Quell Verlag, Mainz und Stuttgart 1988, 168 Seiten.

In einer Zeit, wo «Mystik» in allen religiösen und kulturellen Läden angeboten wird und ein «New Age» der Gottes- und Geisterfahrung aufzustehen scheint, ist eine saubere und christlich orientierte Standortbestimmung, wie Josef Sudbrack sie hier bietet, eine elementare Hilfe. Sudbrack ortet, indem er abgrenzt, was christliche Tradition ist. Er leitet auch an, Beiträge aus dem Hinduismus, Buddhismus, Schamanismus sachgerecht einzuordnen. Zu dieser Ortung gehört auch der entscheidende Verweis auf das, was dem Bereich der Scharlatanerie und dem Aberglauben zuzuschreiben ist. Doch Sudbrack setzt sich mit der Thematik nicht bloss defensiv auseinander. Er legt sachlich und ganz und gar nicht ekstatisch dar, was er unter Mystik versteht. Dabei kommen die grossen Meister christlicher Frömmigkeit Dionysios Areopagita, Hildegard von Bingen, Meister Ekhart, Teresa von Avila, Johannes vom Kreuz u. a. m. als Lehrer und Experten zum Einsatz. Daneben stellt er auch die mystische Tradition der Weltreligionen vor, deren Spiritualität wir in Europa oft fragmentarisch oder pauschal zu übernehmen geneigt sind. Josef Sudbrack will eigentlich mehr als bloss theoretische Auseinandersetzung mit dem Phänomen Mystik. Er will, dass die Beschäftigung mit der christlichen Mystik von der Lehre zur Praxis führt, zum Erlebnis des Reichtums christlicher Lebenserfahrung.

Leo Ettlin

Der Gründer von Taizé

Kathryn Spink, Frère Roger, Gründer von Taizé. Leben für die Versöhnung. Aus dem Englischen (A universal Heart and Vision of Brother Roger of Taizé, SPCK, London 1986) übersetzt und bearbeitet von Max Söller, Verlag Herder, Freiburg i. Br. 1987, 222 Seiten.

Kathryn Spink legt hier schon zu seinen Lebzeiten eine Biographie des nun weltbekannten Priors von Taizé auf den Tisch, und dazu noch eine gute. Die Autorin hat schon Johannes XXIII. und Mutter Teresa porträtiert. Sie hat auch für ihr neues Werk geschickt und umfassend recherchiert und sich in das inzwischen umfangreiche Schrifttum der Bruderschaft von Taizé gründlich eingelesen. Die Lebensdarstellung ist in persönlichen Bereichen - besonders auch in der Jugend- und Berufungsgeschichte - aufschlussreich. Kathryn Spink versteht es, Familiäres taktvoll zu behandeln. Sie begnügt sich in dieser Biographie aber nicht mit äusseren Fakten und Daten. Die Autorin ist ebenso fasziniert vom Werdegang der Idee von Taizé und ihrer Entwicklung von monastischer Abgeschiedenheit zu weltweiter Ausstrahlung. Dabei breitet sich natürlich auch ein leidvolles und zugleich reich gesegnetes Kapitel des ökumenischen Gedankens und der Arbeit im Dienste der Einheit aus.

Leo Ettlin

Erholungsreiche Bergferien im Kreise geistlicher Mitbrüder verbringen Sie im Ferienhaus der Alt-Waldstaettia auf

Faldumalp

im Lötschental (2000 m ü. M.). Einer- und Zweierzimmer, Vollpension. Geöffnet ab 1. Juli bis Mitte August. Das Haus steht allen Geistlichen, auch Nicht-Waldstaettern, offen.

Anmeldungen und Anfragen sind zu richten an:
Amira Schlegel, Blümlisalpstrasse 14, 3600 Thun, Telefon 033 - 22 15 32 (nach dem 1. Juli direkt an Ferienheim Waldstaettia, Faldumalp, 3903 Ferden VS)

Pfarrei Arth/Pfarrei Goldau

Wir suchen auf Beginn des neuen Schuljahres (Mitte August 1989) oder nach Vereinbarung eine(n)

Pastoralassistenten(in) oder Katecheten(in)

für die Aufgabenbereiche
- Religionsunterricht an der Oberstufe (Mittelpunktschule Oberarth)
- Mitarbeit in den Pfarreien Arth und Goldau nach Absprache.

Wir freuen uns, wenn Sie sich mit uns bald in Verbindung setzen. In einer persönlichen Kontaktnahme könnte alles weitere besprochen werden. Gerne erwarten wir Ihren geschätzten Anruf:
Pfr. Josef Fritsche, Kath. Pfarramt Goldau, Telefon 041 - 82 11 65
Pfr. Bruno Werder, Kath. Pfarramt Arth, Telefon 041 - 82 11 57

Katholische Kirchgemeinde Luzern

Zur Ergänzung des Pastoralteams St. Johannes, Würzenbach, suchen wir

Dipl. Theologin oder Katechetin

für ein Teilzeitpensum von 80%

Aufgabenbereich:
- Religionsunterricht auf der Oberstufe und Jugendarbeit speziell als Hinführung zur «Firmung ab 18»
- Frauenarbeit: Anliegen der Frau in Kirche und Gesellschaft wahrnehmen und fördern helfen
- quartierbezogene Pastoralarbeit

Besoldung und Anstellungsbedingungen gemäss Regulativ der Katholischen Kirchgemeinde Luzern.

Auskunft erteilt Toni Schmid, Pfarrer St. Johannes, Telefon 041 - 31 26 33
Bewerbungen an Katholische Kirchgemeinde Luzern, Neustadtstrasse 7, 6003 Luzern

SCHULHEIM RÜTIMATTLI 6072 SACHSELN

In unserer Einrichtung betreuen wir geistig- und mehrfachbehinderte Kinder und Jugendliche.
Zur Ergänzung unseres Schulteams (10 Klassen) suchen wir engagierte Kollegin oder Kollegen als

Katechetin/Katecheten

Pensum ca. 11 Lektionen/Woche
Termin: 1. Juli oder 21. August 1989

Als selbständige Mitarbeiter(in) sind Sie zuständig für die Gestaltung der religiösen Begleitung und Förderung auf den verschiedenen Stufen, Mitgestaltung von Feiern und Gottesdiensten im Rahmen des Heim- und Schulalltages.

Sie gehören zu einem Team von Lehrern, Heilpädagogen, Therapeuten und Erziehern.

Als unseren Beitrag zur guten Zusammenarbeit bieten wir an: gute Strukturen und Teamberatung, aufgeschlossene Anstellungsbedingungen, 10 Wochen Ferien.

Gerne orientieren wir Sie eingehender anlässlich eines Gesprächs.

Telefonische Auskünfte erteilt Ihnen gerne Frau Silvia Kammermann, Katechetin, Herr Oskar Stockmann, Heimleiter.
Ihre Bewerbung freut uns.
Schulheim Rütimattli, 6072 Sachseln, Telefon 041 - 66 42 22

Die **Katholische Kirchgemeinde Inwil LU** sucht auf Beginn des neuen Schuljahres (August 1989)

eine Katechetin/ einen Katecheten im Vollamt

Aufgabenbereich:

- Religionsunterricht auf der Primarschulstufe, ca. 12–14 Stunden
- Gestaltung von Schulgottesdiensten
- Jugendarbeit
- weitere Mitarbeit in der Pfarrei nach Absprache

Dieses Pensum könnte auch auf zwei Personen aufgeteilt werden.

Für weitere Auskünfte steht Ihnen Herr Theo Waldner, Kirchmeier, Telefon 041 - 89 25 77, gerne zur Verfügung.
Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte an das Kirchmeieramt, 6034 Inwil

Römisch-katholische Kirchgemeinde Freienbach

Wir suchen nach Vereinbarung eine(n)

Pfarreimitarbeiter(in)

Das Arbeitsfeld umfasst
- Betreuung von Jugendgruppen
- nachschulische Jugendarbeit
- Religionsunterricht an der Oberstufe (wenn möglich)
- Pfarreiarbeit nach Neigung

Die Arbeit kann als Vollamt oder als Teilpensum vergeben werden.

Wir bieten interessante, vielseitige Tätigkeit in aufgeschlossenem Team, gute Besoldung und die Möglichkeit berufsbegleitender Aus- und Weiterbildung. Eine Wohnung kann zur Verfügung gestellt werden.
Wir freuen uns auf eine initiative Persönlichkeit.

Weitere Auskünfte erteilt Ihnen gerne: Pater Notker Bärtsch, Pfarrer, Mühlematt 3, 8808 Pfäffikon, Telefon 055 - 48 22 65
Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte an: Herrn Albert Portmann, Präsident der Römisch-katholischen Kirchgemeinde, Eggliweg 37, 8832 Wilen-Wollerau

Neue Steffens-Mikrofonanlage jetzt auch in der Stadtkirche zu Rapperswil.
Wir bieten Ihnen kostenlos und unverbindlich unsere Mikrofonanlage zur Probe.

Wir kooperieren mit der bekannten Firma Steffens auf dem Spezialgebiet der Kirchenbeschallung und haben die Generalvertretung für die Schweiz übernommen.

* * *

Seit über **25 Jahren** entwickelt und fertigt dieses Unternehmen spezielle Mikrofonanlagen für Kirchen auf internationaler Ebene.

* * *

Über Steffens-Mikrofonanlagen hören Sie in mehr als **5000 Kirchen,** darunter im Dom zu Köln oder in der St.-Anna-Basilika in Jerusalem.

Auch arbeiten in **Ardez/Ftan, Basel, Berg-Dietikon, Brütten, Chur, Davos-Platz, Dübendorf, Emmenbrücke, Engelburg, Fribourg, Genf, Grengiols, Hindelbank, Immensee, Kloten, Lausanne, Luzern, Meisterschwanden, Morges, Moudon, Muttenz,Nesslau, Otelfingen, Ramsen, Rapperswil, Ried-Brig, Rümlang, San Bernadino, Schaan, Vissoie, Volketswil, Wabern, Wasen, Oberwetzikon, Wil, Wildhaus, Winterthur** und **Zürich** unsere Anlagen zur vollsten Zufriedenheit der Pfarrgemeinden.

Mit den neuesten Entwicklungen möchten wir eine besondere Leistung demonstrieren.

Steffens Elektro-Akustik

Damit wir Sie früh einplanen können schicken Sie uns bitte den Coupon, oder rufen Sie einfach an. **Tel. 042-22 12 51**

Coupon:

Wir machen von Ihrem kostenlosen, unverbindlichen Probeangebot Gebrauch und erbitten Ihre Terminvorschläge. ○
Wir sind an einer Verbesserung unserer bestehenden Anlage interessiert. ○
Wir planen den Neubau einer Mikrofonanlage. ○
Bitte schicken Sie uns Ihre Unterlagen.

Name/Stempel: _____
Strasse: _____
Ort: _____
Telefon: _____

Bitte ausschneiden und einsenden an:
Telecode AG, Industriestrasse 1
6300 Zug, Telefon 042/221251

N 5/89

radio vatikan
tgl. 7.30 Uhr Lateinische Messe
16.00 Uhr Nachrichten (deutsch)
20.40 Uhr Lateinischer Rosenkranz

Alle **KERZEN** liefert
HERZOG AG
KERZENFABRIK SURSEE
6210 Sursee Telefon 045-21 10 38

Katechet, 42 Jahre.
Ausbildung, Erfahrung Oberstufe, sucht in Region Ost- oder Zentralschweiz
Stelle
⅓ Religion, ⅓ Jugendarbeit, ⅓ Sekretariat oder Sakristan.
Offerten unter Chiffre 1557, Schweiz. Kirchenzeitung, Postfach 4141, 6002 Luzern

LIENERT KERZEN EINSIEDELN
✆ 055 53 23 81

A. Z. 6002 LUZERN

7989

Herrn
Dr. Josef Pfammatter
Priesterseminar St. Luzi
7000 Chur

21/25. 5. 89

Pfarreiblatt-Gemeinschaft Luzern

Wegen der Demission des bisherigen Stelleninhabers suchen wir für das Luzerner Pfarreiblatt einen/e

Redaktor/in

Was wir von Ihnen erwarten:
Sie haben journalistische und redaktionelle Erfahrung (Text und Layout). Religiös-kirchliche Vorgänge sind Ihnen vertraut, Theologie zählt zu Ihrer Ausbildung. Sie arbeiten selbständig und sind kontaktfreudig, da Sie die Pfarreiblatt-Mitarbeiter/innen in den Pfarreien journalistisch beraten werden.
Vorgesehen ist ein Pensum von ca. 60%. Stellenantritt nach Vereinbarung, spätestens jedoch am 1. Januar 1990.

Fühlen Sie sich angesprochen? Dann melden Sie sich! Bewerbungen mit Lebenslauf richten Sie bis zum 20. Juni an den Präsidenten der Pfarreiblatt-Gemeinschaft, Andreas Bitzi, Spitalstrasse 93, 6004 Luzern.
Nähere Auskünfte erteilt Ihnen gerne Andreas Bitzi, Telefon 041 - 22 07 14, oder der derzeitige Redaktor, Odilo Noti, Telefon 041 - 45 24 53